

# kuratorium

MEHR DEMOKRATIE



#### DAS KURATORIUM FÜR MEHR DEMOKRATIE

- 4 Vorwort
- 6 Vorstellung der Kuratoriumsmitglieder
- 34 Menschen für die Volksabstimmung  
Geschichte und Entwicklung von Mehr Demokratie
- 49 Geschichte, Funktion, Arbeitsweise und Besetzung  
des Kuratoriums für Mehr Demokratie
- 59 Impressum

# VORWORT

Text Prof. Dr. Hermann K. Heußner, Claudine Nierth, Dr. Adrian Reinert

Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Der berühmte Satz Victor Hugos könnte für die Entwicklung des Vereins Mehr Demokratie stehen. Noch bis in die 80er Jahre war direkte Demokratie in Deutschland in Politikwissenschaft und öffentlicher Diskussion allenfalls ein Außenseiterthema. Positive Erfahrungen zum Beispiel aus der Schweiz und aus anderen Nachbarländern oder auf Gemeindeebene wurden ignoriert, mit großer Skepsis betrachtet und pauschal als nicht übertragbar abgetan.

Dies hat sich geändert. Die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind immer häufiger überfordert damit, alleine Legitimation für politische Sachentscheidungen herzustellen. Die Interessen haben sich pluralisiert, und die Meinungsunterschiede verlaufen längst nicht mehr entlang der traditionellen parteipolitischen Konfliktlinien. Die Berufung auf ein in periodischen Wahlen erworbenes Mandat erscheint vielfach zur Legitimation wichtiger Entscheidungen nicht mehr ausreichend, erst recht, wenn diese zum Zeitpunkt der Wahl noch gar nicht anstanden und bei der nächsten Wahl nicht mehr korrigierbar sind. Entsprechend besteht in der Bevölkerung ein breiter Wunsch nach mehr unmittelbarer Einflussnahme und Teilhabe. So spricht sich in Umfragen eine überwältigende Mehrheit von bis zu 80 Prozent der Bürger/innen für die Einführung bundesweiter Volksentscheide aus.

Mehr Demokratie hat diesen Wunsch nach mehr direkter Demokratie politisch organisiert und in den vergangenen 25 Jahren in eindrucksvoller Weise die Einführung plebiszitärer Elemente auf Länder- und Gemeindeebene erstritten. Auch wenn bei der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Bedingungen noch Verbesserungsbedarf besteht, kann mit Fug und Recht von einer echten Erfolgsgeschichte gesprochen werden.

Als sich der gemeinnützige Verein 1988 unter dem Namen „Initiative Demokratie entwickeln (IDEE)“ in Bonn gründete, lebte der Impuls in einer Handvoll engagierter Menschen, die sich in kurzer Zeit umgeben sahen von Tausenden Helfer/innen.

Das geschah vor allem, nachdem der Verein nach Bayern zog, um dort die bereits vorhandenen Verfahren für Volksbegehren zu nutzen – einerseits, um das Instrument bekannter zu machen und andererseits, um es auch dort weiter auszubauen.

Heute finden sich unter dem Dach von Mehr Demokratie 13 eigenständige Landesverbände und neun Büros, in denen über 30 hauptamtliche Mitarbeiter/innen arbeiten, umringt von Hunderten Aktiven. Der Verein umfasst rund 7.000 Mitglieder und Förderer. Die stimmberechtigten Mitglieder entscheiden zweimal im Jahr auf Mitgliederversammlungen über die Ausrichtung des Vereins und wählen den Vorstand. Mehr Demokratie finanziert sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge mit einem jährlichen Volumen von mehr als einer Million Euro. Dabei bezieht sich die Arbeit für mehr Mitbestimmung der Bürger/innen auf sämtliche Ebenen des politischen Handelns, von der kommunalen Ebene über die Landesebene bis hin zu deutschlandweiten Volksentscheiden und zur Europapolitik.

Mitglieder und Mitarbeitende von Mehr Demokratie eint das gemeinsame Bestreben nach mehr Demokratie und nach direkter Mitbestimmung durch Volksabstimmung. Jeder Mensch soll das gleiche Recht haben, Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens zu nehmen und eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen. Grundlage ist ein Vertrauen in die politische Urteilskompetenz der Bürger/innen und in ihre Fähigkeit, auch zu komplizierten Entscheidungsfragen Stellung zu nehmen. Wer von Menschen verantwortliches Handeln erwartet, muss ihnen auch Verantwortung übertragen.

Dieses Demokratieverständnis und Menschenbild haben ideengeschichtlich lange Vorläufer, die noch weiter reichen als bis zu Jean-Jacques Rousseau. Als einer der Startpunkte der neueren Bewegung für direkte Demokratie in Deutschland kann die documenta 5 im Jahr 1972 angesehen werden, als Joseph Beuys hundert Tage lang die „Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung“ ausstellte und mit den Menschen über diesen Gedanken sprach.

Die Initiator/innen von Mehr Demokratie griffen diesen Impuls auf, trugen ihn weiter und erarbeiteten Grundlagen für die Realisierbarkeit direkter Demokratie bis in die gesetzlichen Verfahren hinein. So ist es gelungen, aus einem einstigen Fremdwort „Volksabstimmung“ heute ein für jedermann bekanntes und erfahrbares Instrument der demokratischen Selbstbestimmung zu machen. Der Beitrag von Anne Dänner und Roman Huber beschreibt eindrucksvoll den Weg von Mehr Demokratie und seine Bedeutung für die bundesdeutsche Demokratieentwicklung der letzten 25 Jahre.

Wurden die Initiator/innen von Mehr Demokratie in der Anfangszeit vielfach als idealistische Spinner belächelt oder mitunter sogar als Verfassungsfeinde (!) angegriffen, haben sie sich inzwischen durch die reale Umsetzung von Volksbegehren zunehmend zu Beweisträger/innen mit anerkannten Fachkompetenzen entwickelt. Dabei stoßen sie allerdings auf eine merkwürdige Tendenz: Die gleichen Kräfte, die zunächst die Einführung direktdemokratischer Elemente auf kommunaler und Bundesländerebene bekämpften, später jedoch übernahmen, lehnen nun ebenso vehement deren Übertragung auf die Bundesebene ab.

Die Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene bleibt das erklärte Ziel von Mehr Demokratie. Aber auch sie wird angesichts der Internationalisierung der Politik nur ein Zwischenschritt bleiben. Folgerichtig hat sich der Verein lange schon international vernetzt und mit der Verankerung der European Citizens' Initiative (Europäische Bürgerinitiative, EBI) im Vertrag von Lissabon den ersten Einstieg in die Volksgesetzgebung auf europäischer Ebene erreicht.

Bei alledem bleibt Mehr Demokratie nicht monothematisch auf die Einführung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren beschränkt. Diese bedürfen der Ergänzung und Begleitung durch Formen deliberativer Demokratie, an deren Förderung und Entwicklung sich der Verein ebenfalls aktiv beteiligt. Dasselbe gilt für die Demokratisierung des Wahlrechts. An die

Demokratie als fertiges Gebilde zu glauben, wäre ein tückischer Trugschluss. Vielmehr gilt: „Wenn wir aufhören, die Demokratie weiter zu entwickeln, fängt die Demokratie an aufzuhören.“

Das Kuratorium für Mehr Demokratie repräsentiert und unterstützt die Ziele des Vereins Mehr Demokratie und berät dessen Vorstand. Im April 2013 zählte es 55 Mitglieder. Ihm gehören Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen an. Die meisten sind Hochschullehrer/innen für Rechts- oder Politikwissenschaft, drei sind Wirtschaftswissenschaftler (darunter ein Mitglied der Wirtschaftsweisen), eine ist Kulturwissenschaftlerin und einer Manager. Sieben sind (ehemalige) Politiker/innen beziehungsweise Mandatsträger/innen. Alle leisten Bedeutendes auf ihrem Fachgebiet und fördern damit die gemeinsame Sache der Demokratie in hervorragender Weise. Das breite Spektrum ihrer Tätigkeiten erschließt sich eindrucksvoll aus ihren persönlichen Vorstellungen in dieser Publikation.

Mit ihrer Expertise haben die Kuratoriumsmitglieder den Verein in seinen Aktivitäten unterstützt und ihm bei der Lösung von Problemen geholfen, die dieser an sie herangetragen hat. Dazu gehören die Erarbeitung und Bewertung von Gesetzentwürfen, die Frage von etwaigen Verfassungsbeschwerden und interne Vereinsangelegenheiten. Die Kuratoriumsmitglieder haben Publikationen in Auftrag gegeben oder angeregt. Ausführlich schildert der Beitrag von Otmar Jung Geschichte und Funktion, Arbeitsweise und Besetzung des Kuratoriums.

Diese Publikation möge allen Mitgliedern von Mehr Demokratie und interessierten Bürger/innen einen vertieften Einblick in den Verein und sein Kuratorium gewähren. Sie erscheint bereits in 2. Auflage. Die Erstauflage 2011 war zugleich eine Festgabe für Roland Geitmann, den langjährigen Sprecher des Kuratoriums, zu dessen 70. Geburtstag. Dort finden sich weitere Beiträge und Nachweise.



**Andreas Auer**

**Zur Person**

Geboren 1948. Juristische Ausbildung an den Universitäten Neuenburg (CH) und Southern Methodist University (Dallas), 1975 Promotion bei Prof. Jean-François Aubert; 1980-2008 Professor für Staatsrecht an der Universität Genf; seit 2008 Professor für öffentliches Recht an der Universität Zürich; seit 1993 Direktor des Centre for Research on Direct Democracy (c2d; www.c2d.ch); Mitglied der Direktion des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA; www.zdaarau.ch)

**Kontakt**

andreas.auer@zda.uzh.ch

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil ich den Beitrag von Mehr Demokratie zur Demokratieentwicklung in Deutschland sehr hoch einschätze.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Das Volk als Staatsorgan einsetzen und ihm bestimmte Kompetenzen zuordnen, unter Wahrung der rechtsstaatlichen Anforderungen.

**Publikationen (Auswahl)**

Les droits politiques dans les cantons suisses, 1978; Le référendum et l'initiative populaires aux Etats-Unis, 1989; Les origines de la démocratie directe en Suisse (Hg.), 1996; Le référendum européen (éd. en collaboration avec Jean-François Flauss), 1997; Direct Democracy: The Eastern and Central European Experience (hg. mit M. Bützer), 2001; Wege zur Demokratie in den schweizerischen Kantonen (hg. mit R. Roca), 2011; Demokratisierung im arabischen Raum (Hg.), 2013; Droit constitutionnel suisse (mit G. Malinverni und M. Hottelier), Bd. I: L'Etat, Bd. II: Les droits fondamentaux, 3. Auflage 2013.



**Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim**

**Zur Person**

Geboren 1939 in Darmstadt, 1966 Diplom Volkswirtschaft, 1967 Rechtsassessor, 1969 Promotion zum Dr. iur., 1977 Habilitation für Staats- und Verwaltungsrecht, Steuer- und Finanzrecht; 1968-78 Leiter des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler; 1978-81 Professur für Öffentliches Recht in Marburg; 1981-2005 Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kommunal- und Haushaltsrecht sowie Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (DHV); seit 2005 Mitglied des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer, Fortbildungsveranstaltungen an der DHV.

**Kontakt**

vonarnim@dhv-speyer.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Direkte Demokratie ist eines meiner wissenschaftlichen Arbeitsgebiete.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Direkte Demokratie ist demokratischer als repräsentative und gewährleistet Volkssouveränität. Politik ist zu wichtig, um sie allein Berufspolitikern/innen zu überlassen.

**Publikationen (Auswahl)**

Abgeordnetenentschädigung und Grundgesetz, 1975; Gemeinwohl und Gruppeninteressen, 1977; Besteuerung und Eigentum, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, 1981; Parteienfinanzierung, 1982; Staatslehre der Bundesrepublik Deutschland, 1984; Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip, 1988; Fetter Bauch regiert nicht gern, 1996; Vom schönen Schein der Demokratie, 2000; Direkte Demokratie (Hg.), 2000; Korruption (Hg.), 2003; Das System, 2001; Das Europa-Komplott, 2006; Die Deutschlandakte, 2008; Volksparteien ohne Volk, 2009; Der Verfassungsbruch, 2011.



**Ulrich Bachmann**

**Zur Person**

Geboren 1956 in Kassel. Nach dem Abitur Jurastudium in Göttingen und Hannover sowie Zivildienst in der ambulanten Altenbetreuung. 1985 Staatsexamen. Zunächst verschiedene berufliche Tätigkeiten, dann mehrere Jahre Stellvertretender Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte des Verfassungsrechts an der Universität Hannover und später auch des Deutschen Instituts für Föderalismusforschung. Seit 1993 Referatsleiter im Hessischen Sozialministerium, zunächst als Justitiar, seit 2000 als Leiter des Referates „Jugend“, in dem außerdem die Themenbereiche „Soziale Berufe“, „Sekten und sog. Psychogruppen“ und „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen; LGBTIQ“ angesiedelt sind. Vinothekar; Inhaber von „Bachmanns Wein+Kultur“, der Eltviller Vinothek und der Über den Dächern von Eltville GmbH, Veranstalter zahlreicher kultureller und weinbezogener Veranstaltungen; Weinproben- und Seminarleiter.

**Kontakt**

ul.bachmann@googlemail.com

**Publikationen (Auswahl)**

Warum enthält das Grundgesetz weder Volksbegehren noch Volksentscheid?, in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009; Mitarbeit an Denkschrift und Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder und an der Niedersächsischen Verfassung, Mitarbeit an H.P. Schneider (Hg.): Das Grundgesetz: Dokumentation seiner Entstehung, Band 18/1 und 18/2, 2009 und 2010, zahlreiche Aufsätze und Vorträge zum Thema direkte Demokratie, u.a. in der Zeitschrift „Recht und Politik“.



**Prof. Dr. Thea Bauriedl**

**Zur Person**

Geboren 1938 in Berlin, Psychoanalytikerin und Professorin an der LMU München. Seit 1986 Leiterin des privaten „Instituts für Politische Psychoanalyse München“, dessen Gründung und Aktivitäten auf ihr politisches Engagement seit Beginn der 80er Jahre zurückgehen.

**Kontakt**

bauriedl.woelpert@t-online.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich habe die ersten Anfänge der Gründung von Mehr Demokratie in München miterlebt und intensiv unterstützt. Bis heute begleite ich die Aktivitäten dieses Vereins mit großem Interesse.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sie ist auch eine Form zwischenmenschlicher Beziehungen, in der das Gespräch und die Verständigung gepflegt werden. Demokratisches Bewusstsein ist gekennzeichnet durch die Fähigkeit Konflikte aufzunehmen und die Fähigkeit Solidarität zu üben.

**Publikationen (Auswahl)**

Was ist und wie entsteht demokratisches Bewusstsein?, Beilage zu ANMERKUNGEN aus dem Institut für Politische Psychoanalyse München, Nr. 1, 1986; Das Leben riskieren – Psychoanalytische Perspektiven des politischen Widerstands, 1988; Auch ohne Couch. Psychoanalyse als Beziehungstheorie und ihre Anwendungen, 1994; Leben in Beziehungen. Von der Notwendigkeit, Grenzen zu finden, 1996; Wege aus der Gewalt. Die Befreiung aus dem Netz der Feindbilder, 2001; Die Ideologie der Sicherheit durch Stärke oder: Zum aktuellen Verlust an demokratischem Bewusstsein, in: Österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung: Analysen und Alternativen. Beiträge zum 20-jährigen Jubiläum des Friedenszentrums Burg Schlaining (Hg.), 2002.





**Lukas Beckmann**

**Zur Person**

Geboren 1950 in Hilten, verheiratet, zwei Kinder. Gründungsmitglied der Grünen, der Heinrich-Böll-Stiftung, des Lew-Kopelew-Forums und von Mehr Demokratie. Nach dem Studium (Schwerpunkt Entwicklungspolitik) Zusammenarbeit mit Joseph Beuys in Düsseldorf. 1979-84 Bundesgeschäftsführer der Grünen in den ersten fünf Gründungsjahren, Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung (Bonn und Köln) bis 1991, seit 1994 Fraktionsgeschäftsführer der grünen Bundestagsfraktion mit den Aufgaben Organisation, Personal, Finanzen. Seit März 2011 Vorstandsmitglied der GLS Treuhand.

**Kontakt**

lukas.beckmann@gruene-bundestag.de

**Publikationen (Auswahl)**

Verfassung mit Volksentscheid : Reden auf dem Weimarer Kongress im September 1990 (hg. vom Kuratorium für einen Demokratisch Verfassten Bund Dt. Länder, Heinrich-Böll-Stiftung), 1991; Essay in: Joseph Beuys. Die Kunst auf dem Weg zum Leben (verf. von H. Oman) 1998; Joseph Beuys: Mapping The Legacy (verf. mit G. Ray, P. Nisbet), 2001.



**Dr. Günther Beckstein**

**Zur Person**

Geboren 1943 in Hersbruck. Beckstein ist Politiker aus Leidenschaft. Ununterbrochen seit 1974 gehört der Jurist, der mit einer Arbeit über den Gewissenstäter im Straf- und Strafprozessrecht promoviert hat, dem Bayerischen Landtag an. 1978 wurde er Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des Landtags. 1988 Berufung zum Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, 1993 zum Bayerischen Innenminister. 2007 Wahl zum Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern. Infolge der Landtagswahl vom 28.9.2008 erklärte er, für dieses Amt nicht erneut zu kandidieren. 2009 wurde der Protestant Beckstein, der seit vielen Jahren auch in der evangelischen Kirche aktiv ist, zum Vizepräsidenten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt.

**Kontakt**

guenther.beckstein@stk.bayern.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Als Politiker wie als Christ sieht Beckstein in der Demokratie die beste Form menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Nur in einer Demokratie können, so seine Überzeugung, die Grundrechte des Menschen zuverlässig und dauerhaft gewährleistet werden. Die Fortentwicklung demokratischen Denkens und der Erhalt demokratischer Strukturen sind aber kein Automatismus: Ein demokratischer Staat ist vielmehr immer auch auf das Engagement und die Verantwortungsbereitschaft der Bürger/innen angewiesen. Dieses Engagement und diese Verantwortungsbereitschaft zu fördern, ist ein Kernanliegen des Vereins Mehr Demokratie – ein Ziel, das Dr. Günther Beckstein als Mitglied des Kuratoriums gerne und mit allem Nachdruck unterstützt.

**Publikationen (Auswahl)**

Worauf es ankommt (Mitverf.), 2006; Die Zehn Gebote: Mein Anspruch, meine Herausforderung, 2011.



**Prof. Dr. Joachim Behnke**

**Zur Person**

Geboren 1962. Studium der Theaterwissenschaft, Philosophie, Volkswirtschaftslehre, Kommunikations- und Politikwissenschaft an der LMU München. 1990 M.A. in Kommunikationswissenschaft. 1998 Promotion zum Dr. rer. pol., 2006 Habilitation, beides an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Wissenschaftspreis der Hans-Löwel-Stiftung 2006. Von 1991–1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Projekt „Determinanten auflerpolitischer Einstellungen“, von 1997–2006 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft I der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Von 2006 bis 2008 Vertretung der Professur für „Empirische Politikforschung und Politikfeldanalyse“ an der LMU München. Seit 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen.

**Kontakt:**

joachim.behnke@zu.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil ich mich beruflich als auch aus Passion für Fragen des Wahlrechts und der Demokratie ganz allgemein interessiere und es für wichtig halte, diese Themen in der Öffentlichkeit stärker zu präsentieren.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

In erster Linie eine besondere Form von Legitimation politischen Handelns.

**Publikationen (Auswahl)**

Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland. Logik, Technik und Praxis der Verhältniswahl, 2007; Entscheidungs- und Spieltheorie. Eine Einführung, 2013; Condorcet. Ausgewählte Schriften zu Wahl- und Entscheidungsverfahren. (Hg. mit Reinhard Zintl und Carolin Stange, 2011; Grundsätzliches zur Wahlreformdebatte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 2011/4; Ursachen und Wirkungen – Überlegungen zur Beibehaltung der überhangmandate im neuen Wahlgesetz. In: ZParl, Heft 1/2012.



**Prof. Dr. Dirk Berg-Schlöser, Ph.D.**

**Zur Person**

Geboren 1943 in Ruhlsdorf bei Jessen. Bis 2009 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg mit Schwerpunkten Vergleichende Politikwissenschaft, Politische Kulturforschung, Empirische Demokratieforschung. 1988-2000 Vorsitzender des Research Committee „Democratization in Comparative Perspective“ der International Political Science Association (IPSA). 2003-06 Vorsitzender des European Consortium for Political Research (ECPR). 2006-09 Vizepräsident der IPSA.

**Kontakt**

bergschl@staff.uni-marburg.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin Mitglied des Kuratoriums, da mir Verbreitung und Vertiefung von Demokratie nicht nur ein akademisches, sondern auch ein persönliches Anliegen ist.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie bedeutet für mich sowohl die intensive Beteiligung breiter Bevölkerungskreise in vielfältigen Formen an politischen Entscheidungen auf allen Ebenen als auch die Respektierung und den Schutz grundlegender Menschenrechte in allen Kulturen.

**Publikationen (Auswahl)**

Politische Kultur in Deutschland (hg. mit J. Schissler), PVS-Sonderheft, 1987; Empirische Demokratieforschung, 1999; Perspektiven der Demokratie (hg. mit H.-J. Giegel), 1999; Armut und Demokratie (hg. mit N. Kersting), 2000; Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919-39 (hg. mit J. Mitchell), 2002; Democratization – the State of the Art (Hg.), 2007.



**Dr. Wolfgang Berger**

**Zur Person**

Geboren 1946 in Herne/Westfalen, verheiratet, drei Kinder. Nach Abitur und Wehrdienst Jurastudium in Köln und Freiburg. Nach 2. juristischem Staatsexamen Promotion bei Prof. Dr. Konrad Hesse, Freiburg, zu dem Thema „Die unmittelbare Beteiligung des Volkes an staatlichen Entscheidungen durch Volksbegehren und Volksentscheid“. Seit 1977 Richter im Justizdienst des Landes Baden-Württemberg, seit 2001 im Justizdienst des Landes Berlin in verschiedenen Positionen. Seit 2006 Vizepräsident des Amtsgerichts Köpenick. Gleichstellungsbeauftragter des Amtsgerichts Köpenick. Lehrbeauftragter an der Universität Konstanz, Referendarsausbildung, Prüfer bei juristischen Staatsexamen in Berlin und Baden-Württemberg.

**Kontakt**

Dr.Wolfgang.Berger@ag-kp.berlin.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mein Engagement für die direkte Demokratie ergibt sich aus meiner Dissertation. Ich versuche es vorwiegend im beruflichen Bereich zu verwirklichen.



**Dr. iur. Nadja Braun Binder, MBA**

**Zur Person**

Geboren 1975 in Bern. Seit 2011 als Forschungsreferentin am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer und Habilitandin an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Bern und Helsinki, Promotion 2005 in Bern, Int. Executive MBA in Public Management 2008 an der Universität Salzburg. Von 2001 bis 2011 arbeitete Nadja Braun Binder in der Schweizer Bundeskanzlei, zuerst als Juristin in der Sektion Politische Rechte und Projektleiterin e-voting, die letzten drei Jahre als Leiterin der Sektion Recht.

**Kontakt:**

braun\_binder@foev-speyer.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Direkte Demokratie gehört zu meinen Forschungsgebieten.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

In einer Demokratie ist die Legitimation politischer Entscheidungen gewährleistet. Direktdemokratische Instrumente sichern dem Volk wesentliche Mitbestimmungsrechte. Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsmäßigkeit und die Gewährleistung der Menschenrechte sind fundamentale Prinzipien, die für mich untrennbar mit Demokratie verbunden sind.

**Publikationen (Auswahl)**

Stimmgeheimnis. Eine rechtsvergleichende und rechtshistorische Untersuchung unter Einbezug des geltenden Rechts, 2005; Guidebook to Direct Democracy in Switzerland and Beyond (verf. mit B. Kaufmann und R. Büchi, 2010 (frühere Aufl. auf Deutsch, Französisch, Spanisch, Englisch, Chinesisch, Finnisch, Italienisch, Koreanisch).

Weitere Publikationen unter

[www.foev-speyer.de/ueberuns/mitarbeiter/braun%20binder.asp](http://www.foev-speyer.de/ueberuns/mitarbeiter/braun%20binder.asp).



**Dr. Christoph Bruch**

**Zur Person**

Geboren 1963 in Wiesbaden. Bruch ist für die Max Planck Digital Library tätig. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft in Frankfurt/Main und Berlin schrieb er seine Dissertation über die Durchsetzung des Freedom of Information Act der USA. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Humanistischen Union, der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, Mehr Demokratie, der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit und EURALO-ICANN At Large Europe. Eine zentrale Motivation für dieses Engagement ist sein Interesse an der Förderung politischer Transparenz und direktdemokratischer Beteiligungsformen.

**Kontakt**

bruch@humanistische-union.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Demokratie birgt die Hoffnung, Machtausübung durch öffentliche Diskussion und die Bindung an die Zustimmung der Beherrschten zu orientieren und zu zügeln. Ihr Funktionieren hängt vom bürgerschaftlichen Engagement ab. Der Bewahrung und Weiterentwicklung erstrittener Beteiligungsrechte kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Direktdemokratische Beteiligung auf allen politischen Ebenen ist für mich aus bürgerrechtlicher Perspektive für einen demokratischen Staat ebenso verbindlich notwendig wie die Garantie der Rechtsstaatlichkeit. Basierend auf diesem Demokratieverständnis möchte ich durch meine Mitgliedschaft im Kuratorium zur Vernetzung der Aktivitäten von Mehr Demokratie mit den weiteren bürgerrechtlichen Organisationen, bei welchen ich mich engagiere, beitragen.

**Publikationen (Auswahl)**

Akteneinsichtsrecht in den USA. Ein Bürgerrecht wird durchgesetzt, 2000; Ein Hauch von Transparenz. Das neue Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, in: Till Müller-Heidelberg (Hg.): Grundrechte-Report 2006.



**Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin**

**Zur Person**

1972-2009 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1988-97 stv. Vorsitzende der SPD. 1998-2002 Bundesministerin der Justiz. Rechtsanwältin (Arbeitsrecht und Datenschutzrecht, Verfassungsrecht, EU- Recht, Völkerrecht), Bundesministerin der Justiz a.D., engagierte Großmutter. Hon. Prof. der FU Berlin, der Ev. Hochschule Ludwigsburg und der Tonji-Universität Shanghai. Aktuell engagiert in der Aufklärung von Datenschutzskandalen und Verletzungen von Arbeitnehmerrechten, Beratung von NGOs, Parlamenten und Institutionen in Menschenrechts- und anderen Verfassungsfragen in Asien, Afrika und im Arabischen Raum. Mitglied in Expertengruppen der EU-Kommission (z.B. Freiheit und Pluralität der Medien) und Vorsitzende von Schiedsstellen.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin eingeladen worden, meine Kenntnisse und insbesondere meine Erfahrungen in (Internationalen) NGOs und deren Kombination mit dem offiziellen politischen Entscheidungsprozessen in die Beratungen des Kuratoriums einzubringen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Zusammen mit Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten: Alles. Ich trete dafür ein, unser System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch kluge Regelungen über Volksbegehren und Volksentscheid transparenter und demokratisch effizienter zu machen. Diese Mechanismen sollten insbesondere auch auf der Ebene der Europäischen Union wirksam werden.

**Publikationen (Auswahl)**

Frauenarbeitslosigkeit in der Reserve: Zurück an den Herd, 1977; Chip, Chip, hurra? Die Bedrohung durch die „Dritte technische Revolution“ (verf. mit S. Bleicher, H. Kubicek) 1984; Gegenrede: Aufklärung, Kritik, Öffentlichkeit. Festschrift für Ernst Gottfried Mahrenholz (hg. mit K. Kinkel, H. Meyer) 1994; Globalisierung und Recht, 1997; sowie zahlreiche Artikel und Interviews, zuletzt Fachaufsätze zu Datenschutzproblemen.





**Prof. Dr. Christoph Degenhart**

**Zur Person**

Geboren 1949 in München, Studium der Rechtswissenschaften in München und Lausanne, 1973 und 1976 Staatsexamina, 1976 Promotion, 1980 Habilitation, 1981 Berufung nach Münster, 1992 Berufung nach Leipzig auf die Gründungsprofessur für Staats- und Verwaltungsrecht; Direktor des Instituts für Rundfunkrecht; 1998-2010 sachverständiges Mitglied des Medienrats der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien; seit 2010 Mitglied des Verfassungsgerichtshofs des Freistaats Sachsen; Prozessvertretungen vor dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundesverwaltungsgericht und Landesverfassungsgerichten.

**Kontakt**

dres.degenhart@t-online.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Aus der Überzeugung, dass ein Mehr an direkter Demokratie der nicht nur an Rändern des politischen Spektrums auftretenden, sondern weit bis in die Mitte der Gesellschaft reichenden Distanz zum Staat entgegenwirken, die Gemeinwohlorientierung staatlichen Handelns stärken könnte.

**Publikationen (Auswahl)**

Volksgesetzgebungsverfahren auf Verfassungsänderung nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Volksgesetzgebung, 1999; Volksgesetzgebung und Verfassungsänderung in Thüringen, ThürVBI 2001; Volksbegehren und Volksentscheide „über den Haushalt“, BayVBVI 2008; Die Verfassungsgerichte der Länder als Garanten ihrer Autonomie, 2009; Direkte Demokratie in der Europäischen Rechtsetzung?, in: Hofmann/Naumann (Hg.): Europäische Demokratie in guter Verfassung?, 2010.



**Prof. Dr. Reiner Eichenberger**

**Zur Person**

Geboren 1961 in Zürich. Eichenberger ist ordentlicher Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center for Research in Economics, Management, and the Arts. Seine Spezialgebiete sind Wirtschafts- und Finanzpolitik, ökonomische Analyse des politischen Prozesses und politischer Institutionen, Deregulierung der Politik sowie Verbindung von Ökonomie und Psychologie.

**Kontakt**

reiner.eichenberger@unifr.ch

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Deutschland liegt mir am Herzen. Meine Mutter war Deutsche, und für die Schweiz ist es wichtig, dass es ihrem wichtigsten Handelspartner Deutschland gut geht. Und mit direkter Demokratie geht es Deutschland gut – jedenfalls besser als ohne.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Sie ist die Regierung durch offenen politischen Wettbewerb zwischen Politiker/innen, Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Ideen um die Gunst der Bürger/innen. Wettbewerb funktioniert nur, wenn alle mitmachen können, so wie in der direkten Demokratie.

**Publikationen (Auswahl)**

The New Democratic Federalism for Europe. Functional, Overlapping, and Competing Jurisdictions (verf. mit B. S. Frey), 1999; Controlling Government by Independent and Competing Political Agencies (verf. mit M. Schelker), Public Choice 130, 2007; The deregulation of the political process: Towards an international market for good politics (verf. mit M. Funk), in: Brennan/Eusepi (Hg.): The Economics of Ethics and the Ethics of Economics. Values, Markets and the State, 2009.



**Prof. Dr. Lars P. Feld**

**Zur Person**

Geboren 1966 in Saarbrücken, verheiratet, drei Kinder. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, ständiger Gastprofessor am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Kronberger Kreises sowie Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. 2007 Benennung zum Sachverständigen für die Föderalismuskommission II. Federführender Herausgeber der Perspektiven der Wirtschaftspolitik. 2007-09 Präsident der European Public Choice Society. 2011 Berufung in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Wirtschaftsweisen“).

**Kontakt**

feld@eucken.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin Mitglied im Kuratorium, um die Verbreitung von direktdemokratischen Instrumenten in Deutschland zu fördern und über die Wirkungen der direkten Demokratie aufzuklären.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie bedeutet für mich die Teilhabe mündiger Bürger/innen an politischen Entscheidungsmechanismen und die Ausrichtung politischer Entscheidungen an deren Wünschen.

**Publikationen (Auswahl)**

Die Direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig (verf. mit G. Kirchgässner und M.R. Savioz), 1999; On the Economic Efficiency of Direct Democracy (verf. mit G. Kirchgässner), in: Pallinger/Kafmann/Marxer/Schiller (Hg.), Direct Democracy in Europe – Developments and Prospects, 2007; Wirkungen direkter Demokratie – Was sagt die moderne politische Ökonomie? (verf. mit G. Kirchgässner), in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009.



**Prof. Dr. Roland Geitmann**

**Zur Person**

Geboren 1941 in Sildemow; Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg und West-Berlin, 1970 2. Staatsprüfung und Promotion; 1974-82 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schramberg. 1983-2006 Professor für öffentliches Recht an der (Fach-)Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, Ethikbeauftragter. 1984-90 Beiratsmitglied der Gustav-Heinemann-Initiative, 1987-96 Vorstandsmitglied der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, 1989-2009 Vorsitzender der CGW e. V., 1997-2008 Sprecher des Kuratoriums von Mehr Demokratie e. V., Beratung des Landesvorstands und Mitwirkung im Arbeitskreis Bürgerbegehren.

**Kontakt:**

geitmann@hs-kehl.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil dies (neben der Beratung von Bürgerbegehrensinitiativen) eine Möglichkeit ist, die wunderbare Bewegung für den politisch aufrechten Gang zu unterstützen und dabei interessanten Menschen zu begegnen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Eine auf Transparenz und politischen Grundrechten wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit fußende Staatsform, die bei der Rechtsetzung idealerweise allen Menschen gleichen Einfluss einräumt und dafür vielfältige repräsentative, partizipative und direktdemokratische Formen hat und ständig fortentwickelt, wobei die Letzteren vor allem durch ihr fair geregeltes Vorhandensein wirken.

**Publikationen (Auswahl)**

Volksentscheide auch auf Bundesebene, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 1988; Volksbegehren „Mehr Demokratie in Baden-Württemberg“. Ein Gesetzentwurf zur Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheid, in: Verwaltungsblätter Baden-Württemberg (Verw.bl. B-W), 1998; Demokratie im 21. Jahrhundert. Schritte notwendiger Entwicklung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Heft 122, 1999; Bürgerbegehren und -entscheid demokratisch handhaben und ausgestalten, in: Verw.bl. B-W, 2007; Volksbegehren und -abstimmungen nur auf dem Papier? in: Verw.bl. B-W, 2008.



**Dr.-Ing. Peter H. Grassmann**

**Zur Person**

Geboren 1939 in München, Dipl.-Ing. Physik, verheiratet, zwei Söhne. 1958-63 Studium der Physik an der TU München; 1964-67 Max-Planck-Institut für Physik (Dir. Prof. Heisenberg); 1967-68 Postgraduate Fellow am Massachusetts Institute of Technology (MIT); 1968-94 Siemens AG – UB Medizinische Technik, 1989-95 Mitglied im Vorstand des Bereichs; 1994-2001 Vorstandsvorsitzender Carl Zeiss/ Oberkochen u. Jena; derzeit im Vorstand der Umwelt-Akademie e.V, München.

**Kontakt**

peter@grassmann.de, a.huebner@die-umwelt-akademie.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Elemente der direkten Demokratie beleben die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Der Wissensstand der heutigen Bürgerschaft ist hoch. Die Wirtschaft dagegen hat sich zu sehr von den Bürger/innen entfernt und ein bedenkliches Eigenleben entwickelt. Die von der Wirtschaft stark abhängige Politik kann dem nicht ausreichend entgegenhalten. Direktdemokratische Elemente dagegen können Werteorientierung und nachhaltiges Handeln der Marktwirtschaft durchsetzen. Für mich stehen dabei die informative Begleitung durch die Zivilgesellschaft und die Entscheidung von Grundsätzen im Vordergrund.

**Publikationen (Auswahl)**

Plateau 3: Zukunft vererben. Wertregulierte Marktwirtschaft und Bürgerdemokratie, 2007; Beiträge u.a. in der Financial Times Deutschland, im Rotary-Magazin, in den VDI-Nachrichten zu Wertesicherung in der Marktwirtschaft sowie zu direkter Demokratie; z.B. „Ein Betriebsrat für die Republik“, Eröffnungsartikel der Serie „60 Jahre Grundgesetz“ der Financial Times Deutschland, 11. Mai 2009.



**Andreas Gross**

**Zur Person**

Geboren 1952 in Kobe (Japan), Politikwissenschaftler, seit 1991 Schweizer Nationalrat, seit 1995 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. 1989 gründete Gross das Institut für Direkte Demokratie in Zürich, seit 1998 Atelier pour la Démocratie Directe in St. Ursanne JU. 2000 Wahl in den Zürcher Verfassungsrat, 2002-04 Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates, 2003-05 Präsident der schweizerischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Vizepräsident der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates. Regelmäßige Lehraufträge für direkte Demokratie im europäischen Vergleich an den Universitäten Marburg und Trier sowie der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

**Kontakt**

info@andigross.ch

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin im Kuratorium, weil ich alle Orte schätze, an denen die Reflexion über die direkte Demokratie vertieft werden kann.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist mit den Worten Abraham Lincolns eine Regierung „durch, mit und für das Volk“. Repräsentation allein reicht nicht aus; sie muss um direktere Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten ergänzt und erweitert werden. In einer globalisierten Welt lässt sich das substanzielle Versprechen der Demokratie nur dann einlösen, wenn sie endlich auch die suprastaatliche, transnationale Ebene erfasst.

**Publikationen (Auswahl)**

Fahrplanwechsel. Für mehr Demokratie und Solidarität und weniger Blocher (hg. mit F. Krebs, F. Lautenschlager und M. Stohler), 2007; Die unvollendete Demokratie, 2009; Bundratswahlen sind keine Casting-Show (hg. mit F. Krebs), 2009; zudem zahlreiche Artikel und Interviews für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften.



**Prof. Dr. Gerd Habermann**

**Zur Person**

Geboren 1945 in Petershagen, Westfalen; Leiter des Unternehmerinstituts „Die Familienunternehmer – ASU“, Vorsitzender der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Honorarprofessor an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam und Mitglied der Mont Pelèrin Society.

**Kontakt**

habermann@familienunternehmer.eu

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil ich dort eine wunderbare Gelegenheit habe, mich mit herausragenden Repräsentant/innen der direktdemokratischen Idee auszutauschen, und von ihnen wertvolle Anregungen für die verschiedenen Felder meiner politischen Arbeit mitzunehmen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Jedenfalls mehr als die reine Repräsentativdemokratie, also die Chance, alle paar Jahre einmal darüber zu entscheiden, ob Müller oder Schulze für mich entscheiden soll. Bei der verbreiteten politischen Apathie ist es wichtig, die Bürger/innen durch Möglichkeiten zur Mitentscheidung in konkreten Sachfragen viel mehr zu beteiligen, als dies gegenwärtig der Fall ist, namentlich auf Bundesebene.

**Publikationen (Auswahl)**

Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, 1997; Richtigstellung. Ein polemisches Soziallexikon, 2006; Die Idee der Freiheit (verf. mit G. Schwarz), 2007.



**Dr. Klaus Hahnzog**

**Zur Person**

Geboren 1936 in Stuttgart; Dr. jur.; 1965-66 Gerichtsassessor im Bayerischen Justizministerium; 1966-68 Staatsanwalt; 1968-71 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht; 1971-73 Amtsrichter; 1973-82 berufsmäßiger Stadtrat und 1984-90 Dritter Bürgermeister in München; 1978-90 Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, wiederum seit 2003; 1990-2003 Mitglied des Bayerischen Landtags; 1991-2004 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ).

**Kontakt**

hahnzog@t-online.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

In unserer Demokratie müssen Bürger/innen unmittelbar und nah entscheiden und ohne Einschüchterung demonstrieren können.

**Publikationen (Auswahl)**

Bayern als Motor für unmittelbare Demokratie, in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009; Mitarbeit u.a. am Entwurf der SPD zur Volksgesetzgebung auf Bundesebene.





**Prof. Dr. Hermann K. Heußner**

**Zur Person**

Geboren 1960 in Kassel, römisch-katholisch, verheiratet, Dr. jur., zunächst Verwaltungsrichter, Erziehungs- und Betreuungsurlaub für zwei Söhne, dann Professor für Recht und Verwaltungslehre an der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland, seit 2006 Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück.

**Kontakt**

[h.heussner@hs-osnabrueck.de](mailto:h.heussner@hs-osnabrueck.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Direkte Demokratie ist eines meiner wissenschaftlichen und politischen Hauptinteressensgebiete mit den Schwerpunkten USA, Deutschland und Schweiz.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Gott schuf die Menschen als sein Abbild (Genesis 1, 27). Darin liegen für mich die Würde der Menschen, ihre Gleichheit und Freiheit begründet. Nur die Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung ist Ausdruck der Achtung vor dieser Würde (vgl. Godesberger Programm der SPD von 1959). Sie fordert umfassende Beteiligungs- und Entscheidungsrechte aller Menschen, auch direkte Demokratie.

**Publikationen (Auswahl)**

Volksgesetzgebung in den USA und in Deutschland – Ein Vergleich der Normen, Funktionen, Probleme und Erfahrungen, 1994; Volksgesetzgebung und Todesstrafe, in: Recht und Politik, 1999; Dürfen Eltern für ihre Kinder wählen? Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines elterlichen Stellvertreterwahlrechts, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: Wahlrecht ohne Altersgrenze? (Hg.), 2008; Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., (hg. mit O. Jung), 2009.; Minorities and Direct Democracy in the USA, in: Marxer et al. (Hg.), 2011.



**Prof. Dr. Martin Hochhuth**

**Zur Person**

Professor am Institut für Öffentliches Recht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg. Arbeitsschwerpunkte Staats- und Verwaltungsrecht, Rechts- und Staatsphilosophie, juristische Methodenlehre, Venia Legendi für Öffentliches Recht sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

**Kontakt**

Telefon: 0761 2032243, Fax: 0761 2032240

**Publikationen (Auswahl)**

Staatsräson – Menschenräson – Geldräson/ Die Selbstpreisgabe des Staates, besonders im Völkerrecht, und wem sie nützt, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft 83, 2002; Die Meinungsfreiheit im System des Grundgesetzes, 2008.



**Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz**

**Zur Person**

Geboren 1957 in Frankfurt/Main. Nach dem Studium Mitarbeiterin an der Universität Frankfurt, Hochschullehrerin an der Freien Universität Berlin, seit 1995 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Frauenforschung an der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen; Leiterin der Arbeitsstelle Gender Studies der JLU.

**Kontakt**

[barbara.holland-cunz@sowi.uni-giessen.de](mailto:barbara.holland-cunz@sowi.uni-giessen.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Demokratietheorie und Gender Studies sind meine Forschungsschwerpunkte.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Mehr als 200 Jahre nach der Französischen Revolution ist die repräsentative Demokratie noch immer durch einen „Gender Gap“ gekennzeichnet. Mit einem Frauenanteil von nur 33 Prozent im Bundestag liegt Deutschland weltweit auf einem Spitzenplatz – repräsentative Demokratien sind nicht geschlechtergerecht! Direktdemokratische Verfahren bieten dagegen die Chance, politische Teilhabe für Frauen und Männer zugänglicher zu gestalten. Mündige Bürger/innen sollten über ihre Angelegenheiten selbst bestimmen und abstimmen können. Unkonventionelle und weniger verfasste Beteiligungsformen kommen Frauen entgegen.

**Publikationen (Auswahl)**

Utopien der Neuen Frauenbewegung, 1988; Soziales Subjekt Natur, 1994; Feministische Demokratietheorie, 1998; Frauenpolitische Chancen globaler Politik (hg. mit U. Ruppert), 2000; Die alte neue Frauenfrage, 2003 (2. Aufl. 2007); Die Regierung des Wissens, 2005; Grenzen der Bevölkerungspolitik (hg. mit D. Auth), 2007.



**Prof. Dr. Wolfgang Ismayr**

**Zur Person**

Geboren 1942 in München; Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., seit 1995 Univ.-Professor für Politikwissenschaft an der TU Dresden, Institut für Politikwissenschaft der Philosophischen Fakultät. Zuvor Lehrstuhlvertreter an der Universität Passau und Dozent und Akademischer Direktor an der Universität Bamberg. 1993 Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages.

**Kontakt**

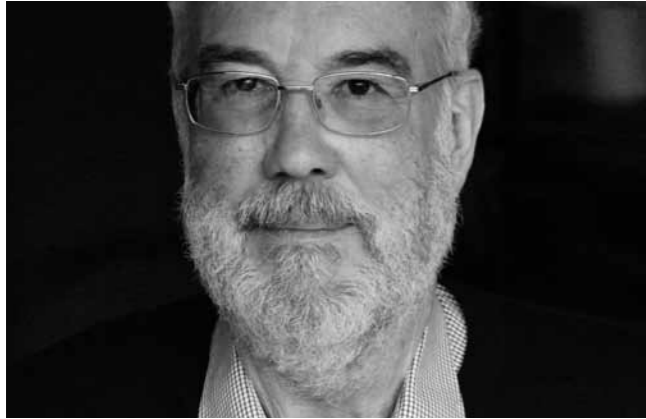
[wolfgang.ismayr@online.de](mailto:wolfgang.ismayr@online.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mit Mehr Demokratie fühle ich mich seit Mitte der 90er Jahre verbunden, als ich Gelegenheit hatte, durch verschiedene Aktivitäten die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Bayern mittels Volksentscheid zu unterstützen. Reformen zur Vitalisierung der Demokratie sollten auf verschiedenen Ebenen ansetzen, und sie sollten so angelegt sein, dass Synergieeffekte begünstigt werden. Neben der Unterstützung von Aktivitäten zur Einführung der Volksgesetzgebung auch auf Bundesebene sehe ich meine Aufgabe darin, durch publizistische Aktivitäten und im direkten Kontakt mit politischen Akteuren für eine Verbesserung des Petitionsverfahrens und eine transparentere und partizipationsfreundlichere Ausgestaltung des parlamentarischen Willensbildungsprozesses zu wirken.

**Publikationen (Auswahl)**

Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), 2001; Vitalisierung der Demokratie durch Petitionen?, in: R. Bockhofer (Hg.): Demokratie wagen – Petitionsrecht ändern, 2003; Gesetzgebung in Westeuropa. EU-Staaten und Europäische Union (Mitverf.), 2008; Die politischen Systeme Westeuropas (Hg.), 2009; The German Parliament, 2009 (dt. Ausg.: Das deutsche Parlament, 2009); Die politischen Systeme Osteuropas (Hg.), 2010; Der Deutsche Bundestag, 2012.



**PD Dr. Otmar Jung**

**Zur Person**

Geboren 1947 in Würzburg. Studium der Rechtswissenschaft und Philosophie in Würzburg, Berlin, Genf und München. Dr. iur. utr., Habilitation für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Privatdozent am Fachbereich Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Verwitwet, drei erwachsene Kinder.

**Kontakt**

otmar.jung@fu-berlin.de,

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mein Haupt-Forschungsschwerpunkt ist direkte Demokratie, insbesondere direkte Demokratie in Deutschland unter den Aspekten der juristischen Zeitgeschichte und der Verfassungspolitik.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Die ausschließlich repräsentative Demokratie – schrieb ein Schweizer Beobachter schon vor 40 Jahren – sei eine Staatsform der Bevormundung politisch nicht hinlänglich herangereifter Völker, die dem Entwicklungsstand der deutschen Monarchie vor 1914 entsprochen haben möge. „Die ausschließlich repräsentative Demokratie repräsentiert aber bei einer pluralistischen Gesellschaft mit hohem Bildungsstand, regem politischem Interesse der breiten Volksschichten und ihrer Bereitschaft zu politischer Verantwortung nicht mehr. Sie erinnert an die Bevormundung eines Mündigen, dem allein das Recht verliehen ist, sich seinen Gewalthaber von Zeit zu Zeit frei zu wählen.“ Karl Neumayer, 1968.

**Publikationen (Auswahl)**

Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürsteneignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, 1989; Grundgesetz und Volksentscheid. Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen direkter Demokratie, 1994; Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten, 1995; Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2. Aufl., 1996; Direkte Demokratie in Berlin. Der Fall „Pro Reli“ 2007–2009, 2011.



**Prof. Dr. rer. soc. Gebhard Kirchgässner**

**Zur Person**

Geboren 1948 in Konstanz. Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie und Direktor des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung (SIAW-HSG). 1969-76 Studium und Promotion an der Universität Konstanz, 1977-84 Oberassistent am Institut für Wirtschaftsforschung der ETH Zürich, 1984-92 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Universität Osnabrück; seit 1992 Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie an der Universität St.Gallen; seit 2001 Research Fellow des CESifo-Networks; seit 2001 Mitglied der Sektion Ökonomik und Sozialwissenschaften der Deutschen Akademie der Naturforscher, Leopoldina.

**Kontakt**

gebhard.kirchgaessner@unisg.ch

**Publikationen (Auswahl)**

Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig (verf. mit L.P. Feld, M.R. Savioz), 1999; Direkte Demokratie in der Schweiz: Ergebnisse neuerer empirischer Untersuchungen, in: Schiller/Mittendorf (Hg.), Direkte Demokratie: Forschung und Perspektiven, 2002; Sind direkte Demokratie und Föderalismus schuld an der Wachstumsschwäche der Schweiz?, in: Steinmann/Rentsch (Hg.), Diagnose Wachstumsschwäche: Die Debatte über die fehlende Dynamik der schweizerischen Volkswirtschaft, 2005; Wirkungen direkter Demokratie: Was sagt die modern politische Ökonomie? (verf. mit L. P. Feld), in: Heußner/ Jung (Hg.), Mehr direkte Demokratie wagen, 2009; Direkte Demokratie und Menschenrechte, in: Feld/Huber/Jung/Welzel/Wittreck (Hg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009.



**Prof. Dr. Franz Kohout**

**Zur Person**

Geboren 1953 in Niederaichbach bei Landshut/Bayern. Ausbildung zum Steuerinspektor, Studium der Politik- und Rechtswissenschaft, seit 2010 Professor für Innenpolitik und politische Systemanalyse an der Universität der Bundeswehr in München.

**Kontakt**

franz.kohout@unibw.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil Mehr Demokratie mit die wichtigste zivilgesellschaftliche Organisation in Deutschland ist!

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

In unserer Demokratie müssen Bürger/innen unmittelbar und nah entscheiden können und ohne Einschüchterung demonstrieren. Das, was 1946 mit Wilhelm Hoegner von Bayern auf andere Länder und Kommunen ausgestrahlt hat muss endlich auch zum bundesweiten Volksentscheid führen. Immer wieder Beteiligung am praktischen Kampf um die notwendigen Stimmen, jetzt wieder beim Volksbegehren „NEIN zu Studiengebühren in Bayern“.

**Publikationen (Auswahl)**

Vom Wert der Partizipation. Eine Analyse partizipativ angelegter Entscheidungsfindung in der Umweltpolitik, 2002; diverse Veröffentlichungen zur politischen Systemlehre und zur Internationalen Politik.



**Prof. Dr. Andreas Kost**

**Zur Person**

Geboren 1962 in Solingen. Stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Politische Partizipation, Kommunalpolitik, Bürokratie und Organisation.

**Kontakt**

andreas.kost@mgffi.nrw.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin Mitglied des Kuratoriums, weil Mehr Demokratie sich ernsthaft für eine verbesserte Weiterentwicklung der demokratischen Kultur einsetzt.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie beinhaltet die Freiheit und Gleichheit aller Bürger/innen. Ziel muss es sein, dass die Menschen demokratische Verantwortung in Staat und Gesellschaft kompetent und mündig wahrnehmen. Dazu bedarf es eines breiten qualitativen Angebots von Teiligungsrechten als Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Demokratie.

**Publikationen (Auswahl)**

Demokratie von unten. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in NRW, 2002; Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung (Hg.), 2005; Direkte Demokratie an Rhein und Ruhr, in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009; Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung (hg. mit H.-G. Wehling), 2. Aufl., 2010; Direkte Demokratie – Hürden und Perspektiven, in: GWP 2011 (Heft 2); Direkte Demokratie, 2. Aufl., 2013.





**Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth**

**Zur Person**

Geboren 1957 in Mannheim, Studium der Politikwissenschaft, Pädagogik und Theologie in Mainz und Bremen, seit 2008 Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Systemlehre an der Universität Würzburg. Einer der Sprecher des AK „Demokratieforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und verantwortlicher Herausgeber der „Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft“ (ZfVP).

**Kontakt**

[hans-joachim.lauth@uni-wuerzburg.de](mailto:hans-joachim.lauth@uni-wuerzburg.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mitglied des Kuratoriums bin ich, um die Arbeit von Mehr Demokratie zu unterstützen. Als maßgebliches Ziel betrachte ich dabei die quantitative und qualitative Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/innen. Hierzu möchte ich die sozialwissenschaftlichen Erträge der Forschung fruchtbar machen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist eine rechtsstaatliche Herrschaftsform, die eine Selbstbestimmung aller Staatsbürger/innen ermöglicht, deren maßgebliche Beteiligung an der Besetzung der politischen Entscheidungspositionen und/oder an der Entscheidung selbst in freien, kompetitiven und fairen Verfahren sichert und Kontrolle über politisches Handeln gewährt.

**Publikationen (Auswahl)**

Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, 2004; Demokratieentwicklung und demokratische Qualität, in: Gabriel/Kropp (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. Aufl., 2008; Politikwissenschaft: Eine Einführung (hg. mit C. Wagner), 2009.



**Prof. Dr. Diemut Majer**

**Zur Person**

Dr. jur. utr., Univ.-Prof. em. Universität Bern, Lehrbeauftragte für Europarecht und Deutsches und Europäisches Umweltrecht an der Universität Karlsruhe (TH). Forschungsschwerpunkte: Rechts- und Verfassungsgeschichte, Verfassungsrecht, juristische Zeitgeschichte (insb. NS-Justiz), Rechtsvergleichung.

**Kontakt**

[majer@kanzlei-karlstr62.de](mailto:majer@kanzlei-karlstr62.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mein Engagement für Mehr Demokratie kam zustande durch meine Tätigkeit in der Universität Bern, wo ich die Eigenarten und Vorzüge der Schweizer Referendumsdemokratie kennen gelernt habe.

**Publikationen (Auswahl)**

Verfassungsgerichtsbarkeit und Bund-Länder-Konflikte, 1981; „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, 1996; Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus (verf. mit M. Hirsch, J. Meinck), 1997; Nationalsozialismus im Lichte der Juristischen Zeitgeschichte, 2003; Frauen – Revolution – Recht, 2008; Verfassungsstrukturen, Freiheits- und Gleichheitsrechte in Europa seit 1789 (verf. mit M. Hunziker), 2009.



**Prof. em. Dr. Ingeborg Maus**

**Zur Person**

Geboren 1937 in Wiesbaden, Promotion 1971, Habilitation 1980. War Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main.

**Kontakt**

[maus@soz.uni-frankfurt.de](mailto:maus@soz.uni-frankfurt.de)

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

„Mehr Demokratie“ zu fordern ist seit Jahrzehnten das zentrale Motiv meiner wissenschaftlichen Arbeit. Mein Konzept einer Prozeduralisierung des Prinzips der Volkssouveränität enthält den doppelten Aspekt, sowohl die gesetz- und verfassunggebende Gewalt des „Volkes“ gegen Usurpationen der exekutivischen und judikativen Staatsapparate (welche sich zunehmend aus der Gesetzesbindung befreien) zu verteidigen als auch die Gesetzgebungsfunktion weitestgehend an die gesellschaftliche Basis zurückzugeben. In letzterer Hinsicht wird das Parlament (samt der in ihm vertretenen Parteien) nicht für überflüssig erklärt, sondern soll für die Setzung der Verfahrensnormen zuständig sein, nach denen (zentrale und dezentrale) basisdemokratische Gesetzgebung zustande kommt.

**Publikationen (Auswahl)**

Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts, 1976/1980; Rechtstheorie und Politische Theorie im Industriekapitalismus, 1986; Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant, 1992/1994; Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, 2011.



**Thomas Mayer**

**Zur Person**

Geboren 1965 in Kempten/Allgäu; Vater von zwei Söhnen. Besuch des Gymnasiums und Ausbildung als Bürokaufmann. 1988 Mitgründer von Mehr Demokratie und dann 20 Jahre mit dem bundesweiten Aufbau der Bewegung für direkte Demokratie beschäftigt. 1993-95 Sprecher des erfolgreichen Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern“, mit dem der Bürgerentscheid in den bayerischen Gemeinden und Städten eingeführt wurde. 1997-2001 das Bürgerbegehren „Unser München aus der Schuldenfalle“, 1998 das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Hamburg“, 2000 das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ und ab 2004 das Volksbegehren „Faires Wahlrecht in Hamburg“. Bis 2001 Büroleiter und Geschäftsführer von Mehr Demokratie und kümmerte mich dann einige Jahre verstärkt um den Aufbau des OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE und die Einführung von Regiogeldern. Seit 2005 Kursleiter in anthroposophischer Meditation und Buchautor.

**Kontakt**

[thomas.mayer@geistesforschung.org](mailto:thomas.mayer@geistesforschung.org)

**Was bedeutet für mich Demokratie?**

Das Erwachsenwerden der Menschheit, gleiche Augenhöhe für alle, gegenseitige Akzeptanz, gegenseitiges Vertrauen, eine offene Gesellschaft, auch offen für neue Ideen. Die Bewegung für direkte Demokratie in Deutschland ist etwas weltweit Einmaliges! Machen wir noch mehr daraus!

**Publikationen (Auswahl)**

Triumph der Bürger! Mehr Demokratie in Bayern und wie es weitergeht (verf. mit M. Seipel), 1997. [www.anthroposophische-meditation.de](http://www.anthroposophische-meditation.de) [www.geistesforschung.org](http://www.geistesforschung.org) [www.eurorettung.org](http://www.eurorettung.org)





**Prof. Dr. Peter C. Mayer-Tasch**

**Zur Person**

Geboren 1938 in Stuttgart, Studium der Rechts- und Politikwissenschaft, Philosophie und (Kunst-)Geschichte. 1964 Promotion zum Dr. iur., 1971 Habilitation für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Politikwissenschaft. Seit 1971 Professor für Politikwissenschaft und Rechtstheorie an der LMU München. Seit 1974 Gründer und Leiter der Forschungsstelle für Politische Ökologie. 1998-2002 Prorektor, 2002-10 Rektor der Hochschule für Politik (HfP) München. Mitherausgeber der Zeitschrift für Politik, Kuratoriumsmitglied des Öko-Instituts e.V., Initiator des Masterstudienganges „Ethik, Ökologie, Ästhetik im Öffentlichen Raum“ an der HfP München.

**Kontakt**

HfP München, Ludwigstraße 8-10, 80539 München

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil ich als Rechts- und Politikwissenschaftler hinreichend Einblick in so manche, die Gemeinwohltauglichkeit unseres politischen Systems beeinträchtigende Partizipationsdefizite gewonnen habe. Angesichts der hohen Komplexität und Krisenanfälligkeit unseres zivilisatorischen Status quo können wir uns solche Defizite nicht mehr länger leisten, wenn wir weiterhin ein „gutes Leben“ (Aristoteles) als Gemeinwohlziel ansteuern.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Jenseits aller Lehrbuchdefinitionen bedeutet Demokratie für mich die möglichst weitreichende, rechtlich abgesicherte Einbeziehung aller sozial präsenten Geistes- und Willenskräfte in die politischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen staatlichen Handelns.

**Publikationen (Auswahl)**

Die Bürgerinitiativbewegung, 5. Aufl., 1986; Hobbes und Rousseau, 3. Aufl. 1991; Jean Bodin, 2000; Porträtgalerie der Politischen Denker (hg. mit B. Mayerhofer), 2003/4; Mitte und Maß: Leitbild des Humanismus von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, 2006; Meer ohne Fische (Hg.), 2007; Welt ohne Wasser (Hg.), 2009; Politische Theorie des Verfassungsstaats, 2. Aufl., 2009; Der Hunger der Welt (Hg.), 2011.



**Prof. Dr. Dr. Hans Meyer**

**Zur Person**

Geboren 1933 in Aachen. 1974-86 Professor für Staats-, Verwaltungs- und Finanzrecht an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main, seitdem an der Humboldt-Universität zu Berlin, von 1996 bis 2000 deren Präsident.

**Kontakt**

Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Als Mitglied des Kuratoriums hoffe ich, der Vorstellung mit zum Durchbruch verhelfen zu können, dass direktdemokratische Elemente auch außerhalb der Wahlen notwendige Korrekturfunktionen für die durchweg repräsentative Gestalt der Demokratie wahrnehmen. Ich war als Prozessbevollmächtigter an einer Reihe von Verfassungsstreitigkeiten zur Durchsetzung direktdemokratischer Elemente beteiligt, zuletzt im Thüringer Streit (2008/2009).

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Die Demokratie selbst ist die adäquate Organisationsform des Staates, welche die Menschenwürde seiner Bürger/innen anerkennt; die mögliche Mitwirkung eines jeden an den Angelegenheiten, die alle angehen, ist ihr Ausfluss.

**Publikationen (Auswahl)**

Wahlssystem und Verfassungsordnung, 1973; Das parlamentarische Regierungssystem des Grundgesetzes, 1974; Repräsentative Demokratie und Plebiszit, 2002; Versuch über die Demokratie in Deutschland, 2003; Repräsentation und Demokratie, 2005.



**Dr. Peter Neumann**

**Zur Person**

Geboren 1963 in Neuss am Rhein. Direktor des Deutschen Instituts für Sachunmittelbare Demokratie (DISUD) an der TU Dresden, Dr. jur., Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der TU Dresden und der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Die Verfassungsänderung in Nordrhein-Westfalen, die zu betreiben zwischen den Jahren 1997 und 2002 ich das Glück haben durfte, ist einer meiner schönsten persönlichen Erfolge. In Gedenken an diese Jahre bin ich Mitglied im Kuratorium.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist die Chance, gehört zu werden, die Chance, eine Idee durchsetzen zu können. Sie lehrt und verlangt mit Siegen und Niederlagen leben zu können. Demokratie bedeutet ständiges Lernen.

**Publikationen (Auswahl)**

Dresdner Schriften zum Bürgerentscheid (Hg.); Studien zur Sachunmittelbaren Demokratie (Hg.); Verfassungsrechtliche Probleme bei der Konstituierung der neuen Bundesländer (hg. mit R. Tillmanns), 1997; Durchbruch bei der Ausgestaltung der Volksgesetzgebung – Finanzvorbehalte nach der Verfassung des Freistaates Sachsen, in: Sächsische Verwaltungsblätter, 2002; Reform der sachunmittelbaren Demokratie in der Verfassung des Landes NRW, Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter, 2003; Sachunmittelbare Demokratie – im Bundes- und Landesverfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder, 2006; Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, in: Mann/Püttner (Hg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band I, 2007; Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2008/2009 Deutschland, Österreich, Schweiz (hg. mit D. Renger), 2010.



**Dr. Claus Henning Obst**

**Zur Person**

Geboren 1952, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Düsseldorf. 1986 Promotion zum Thema „Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Zulässigkeit und politische Konsequenzen“. Neben den Schwerpunkten im Disziplinar- und Beamtenrecht gehört insbesondere auch das Recht der direkten Demokratie seit 1994 zur Ausrichtung der Kanzlei.

**Kontakt**

kanzlei@obst-hotstegs.de

**Publikationen (Auswahl)**

Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Zulässigkeit und politische Konsequenzen, 1986; Eine neue Etappe im Streit zwischen plebiszitärer und repräsentativer Demokratie, in: Hensche/Kutscha (Hg.): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth, 1987; Zur Rezeption der „Lehren von Weimar“ in der verfassungspolitischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland, in: Evers (Hg.): Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Eine verfassungspolitische Vergegenwärtigung, 1988.



**Stefan von Raumer**

**Zur Person**

Geboren 1965 in München, verheiratet, zwei Kinder. Inhaber der Rechtsanwaltskanzlei von Raumer, spezialisiert auf juristische Aufarbeitung der rechtlichen Folgen der deutschen Wiedervereinigung sowie das Recht der Europäischen Menschenrechtskonvention. Erfolge beim Bundesverwaltungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof.

**Kontakt**

zentrale@jus-von-raumer.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich bin Gründungsmitglied des Kuratoriums, motiviert durch die Idee einer Stärkung direktdemokratischer Einflussnahmemöglichkeiten. Ich habe sowohl den Verein selbst als auch von diesem unterstützte Projekte zur direkten Demokratie als Prozessbevollmächtigter in mehreren Grundsatzverfahren, etwa zum Bundesfinanzhof, zum Landesverfassungsgericht Nordrhein-Westfalen sowie zum Berliner Verfassungsgerichtshof vertreten.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist für mich das Mittel zur eigenverantwortlichen Mitgestaltung des Lebensumfelds und damit der Weg der/des Einzelnen aus einer passiven Konsumenten-, ja manchmal auch Opferrolle einem oft als fremdbestimmend empfundenen „Staat“ gegenüber hin zu einer selbstbestimmten Gestaltung des gesellschaftlichen Umfelds durch die Bürger/innen. Erst dies ebnet den Weg zur vollen Nutzung der eigenen Potenziale des Menschen und damit auch zu einem erfüllteren Leben.

**Publikationen (Auswahl)**

Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Volksgesetzgebung (verf. mit P. Neumann), 1999; „Die Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ und „Schutzumfang der Europäischen Menschenrechtskonvention“ (verf. mit B. Rudolf), Anwaltsblatt Jahrgang 59, 5/2009.



**Dr. Adrian Reinert**

**Zur Person**

Geboren 1959 in Düsseldorf, Sozialwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Partizipationsforschung; Promotion 1987. 1991-2006 Geschäftsführer der Stiftung Mitarbeit. Seit 2006 Leiter des Fachbereichs Lebenslanges Lernen an der Volkshochschule Bonn.

**Kontakt**

adrianreinert@t-online.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Demokratie ist mehr als nur eine Regierungsform. Sie ist, nach einem Wort von Heinrich Mann, „die Anerkennung, dass wir, sozial genommen, alle füreinander verantwortlich sind“. Ihre Grundlagen sind Volkssouveränität und Rechtsstaatlichkeit. Voraussetzungen für ihr Gelingen sind eine breite Verankerung demokratischer Werte in der Gesellschaft und Entscheidungsverfahren, deren Ergebnisse als effizient und gerecht empfunden werden. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir unsere Demokratie kontinuierlich weiter entwickeln. Hierfür gibt Mehr Demokratie wichtige Impulse. Dies will ich durch meine Mitwirkung im Kuratorium von Mehr Demokratie aktiv unterstützen.

**Publikationen (Auswahl)**

Wege aus politischer Apathie?, 1988; Demokratieberichterstattung – ein Weg zur Selbstevaluation, 2002; Bürgergesellschaft fördern und entwickeln, 2003; Bürgernahe Instrumente – Die Zukunft Ihrer Stadt mit den Einwohnern gestalten, 2008 sowie weitere diverse Veröffentlichungen zu Themen der Demokratieentwicklung und Partizipationsverfahren in Deutschland und Schweden sowie zu Fragen des bürgerschaftlichen Engagements.



**Prof. Dr. Roland Roth**

**Zur Person**

Seit 1993 Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Gründungsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac.

**Kontakt**

roland.roth@hs-magdeburg.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Direkte Demokratie kann einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen demokratischen Erneuerung leisten.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist die einzige den Menschenrechten angemessene politische Verfassung.

**Publikationen (Auswahl)**

Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, 2011 (Hamburg: edition körper stiftung & Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung)



**Prof. Dr. Johannes Rux**

**Zur Person**

Geboren 1967 in Freiburg. Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft an der FU Berlin, 1996-2008 in Lehre und Forschung an verschiedenen Hochschulen, 2002 Promotion zum Dr. jur., 2006 Habilitation; hauptberuflich in leitender Funktion im Lektorat eines wissenschaftlichen Fachverlags und nebenberuflich apl. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Tübingen.

**Kontakt**

rux@staatsrecht.info

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Gerade weil ich nach der langjährigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Rechtsgrundlagen und der Rechtspraxis der direkten Demokratie Zweifel habe, ob Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in ihrer derzeitigen Ausgestaltung effektive Instrumente der politischen Willensbildung sein können, begrüße ich die Möglichkeit, die Aktivitäten von Mehr Demokratie durch meine Mitwirkung im Kuratorium kritisch zu begleiten und den Forderungen nach einer Erweiterung der unmittelbaren Mitwirkungsrechte der Bürger/innen eine wissenschaftliche Basis zu geben.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist kein Selbstzweck, sondern ein – und wohl das beste – Prinzip zur Organisation von Entscheidungsprozessen innerhalb komplexer sozialer Gebilde. Damit ein demokratisches Verfahren diese Funktion erfüllen kann, müssen alle relevanten Interessen mit angemessenem Gewicht in den Entscheidungsprozess einfließen können. Dies ist Maßstab für die konkrete Ausgestaltung der Verfahren.

**Publikationen (Auswahl)**

Direkte Demokratie in Deutschland, 2008.





**Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer**

**Zur Person**

Geboren 1957. Nach Lehramtsstudium (Politikwissenschaft und Germanistik an den Universitäten Tübingen und FU Berlin) und Referendariat 1987-92 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 1993-94 Gastprofessorin an der Kon-Kuk-Universität in Seoul/Korea, 1996-2001 Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, 2001-06 Ao. Univ.-Prof., 2003-04 Gastprofessorin an der Florida Atlantic University/Boca Raton/USA. Seit Februar 2006 Univ.-Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

**Kontakt**

birgit.sauer@univie.ac.at

**Publikationen (Auswahl)**

Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, 2001; Direktheit in der Demokratie – Eine Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit?, in: H. Reinalter (Hg.): Die Zukunft der Demokratie, 2001; Direkte Demokratie und politische Deregulierung. Anmerkungen zum rechtspopulistischen Politikstil, in: W. Rossade/B. Sauer/D. Schirmer (Hg.): Politik und Bedeutung. Studien zu den kulturellen Grundlagen politischer Institutionen und politischen Handelns, 2002; Demokratie und Geschlecht. Institutionelle Verhältnisse und Verhinderungen, in: T. Meyer/R. Weil (Hg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, 2002; Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen, in: Heußner/ Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2009.



**Prof. Dr. Theo Schiller**

**Zur Person**

Geboren 1942 in Schorndorf, Politologe und Jurist. 1968 Promotion an der Universität Bonn; 1968-73 Politikberater in Bonn. 1974-76 Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). Seit 1974 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg, 1997-2001 deren Vizepräsident, emeritiert 2007. Seit 1996 Leiter der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie der Universität Marburg; Chair of Council des Initiative and Referendum Institute (IRI) Europe.

**Kontakt**

schiller@staff.uni-marburg.de.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mehr Demokratie ist als überparteiliche Kraft für die Demokratieentwicklung in Deutschland unverzichtbar geworden und hat die Ausbreitung der direkten Demokratie und Verbesserungen des Wahlrechts entscheidend vorangebracht. Bei diesen Aufgaben möchte ich den Verein weiterhin unterstützen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie gründet sich auf Volkssouveränität, Freiheitsrechten, politischer Gleichheit und dem gegenseitigen Respekt der Bürger/innen. Repräsentative Institutionen und direkte Demokratie sind gleichberechtigt und ergänzen sich gegenseitig. Direkte Demokratie wird nicht „gewährt“, sondern folgt unmittelbar aus der Souveränität der Bürger/innen und bildet das Faustpfand gegen eine Verselbständigung des Repräsentativsystems der Parteien. Auch auf Bundesebene und Europaebene wird direkte Demokratie dringend gebraucht.

**Publikationen (Auswahl)**

Direkte Demokratie – Eine Einführung, 2002; Direkte Demokratie. Forschungen und Perspektiven (hg. mit V. Mittendorf), 2002; Direct Democracy in Europe. Developments and Prospects (hg. mit Z. Pallinger, B. Kaufmann, W. Marxer), 2007; Referendums and Representative Democracy. Responsiveness, Accountability and Deliberation (hg. mit M. Setälä), 2012.



**Utz Schliesky**

**Zur Person**

Geboren 1966. Studium der Rechtswissenschaften in Kiel; 1996 Promotion, 2002 Habilitation bei Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig; 2003-05 Erster Beigeordneter und Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Berlin; 2005-09 Leiter der Abteilung Verwaltungsmodernisierung im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2007 außerplanmäßiger Professor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Seit 2009 Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Zahlreiche Ehrenämter, z.B. Präsident der Schleswig-Holsteinischen Juristischen Gesellschaft, Stellv. Vorsitzender der Hermann Ehlers Stiftung.

**Kontakt**

utz.schliesky@landtag.ltsh.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Optimierung der unmittelbaren Demokratie als Ergänzung und Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Gewährleistung von Selbstbestimmung in Freiheit; die menschenfreundlichste Form der Organisation von Herrschaft

**Publikationen (Auswahl)**

Bürgerentscheid und Bürgerbegehren in Schleswig-Holstein, 1998; Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt, 2004; Handbuch des Parlamentsrechts (verf. mit M. Morlok und D. Wiefelspütz), 2013.



**Renate Schmidt**

**Zur Person**

Geboren 1943 in Hanau. Ausbildung zur Programmiererin und Systemanalytikerin. 1980-88 stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft HBV in Bayern. 1991-2000 Landesvorsitzende der SPD in Bayern. 2002-05 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**Kontakt**

renate.schmidt@vodafone.com

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Demokratie bedeutet persönliche Freiheit, sie bedeutet Verantwortung für andere zu übernehmen, sich sachkundig zu machen, um mitreden zu können.

Demokratie bedeutet die Notwendigkeit sich zu engagieren in Parteien, in Bürgerbewegungen, in Verbänden, denn ohne Engagement wird Demokratie zu einer leeren Hülse. Demokratie bedarf der Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, um Interessen ausgleichen zu können. Demokratie braucht Offenheit und Transparenz und darf nicht zum Spielball eines unzulässigen Lobbyismus werden. All dies wird nur gelingen können, wenn demokratische Strukturen und Abläufe immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie dem Verfassungsgebot „Alle Macht geht vom Volke aus“ genügen.

Deshalb bin ich auch Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie. Denn nur, wenn es mehr und bessere Möglichkeiten der direkten, von den Bürger/innen selbst ausgeübten Demokratie gibt, wird die repräsentative, parlamentarische Demokratie gestärkt, werden demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten geachtet und akzeptiert und wird Politikverdrossenheit reduziert.

**Publikationen**

S.O.S. Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus, 2003.





**Marie-Luise Schwarz-Schilling**

**Zur Person**

Geboren in Berlin; Studium der Archäologie in Göttingen und Paris und anschließend der Volkswirtschaft an der Universität München; 1957 Examen als Diplomvolkswirtin. 1958-93 Unternehmerin des von Berlin nach Büdingen umgesiedelten Familienunternehmens Akkumulatorenfabrik Sonnenschein mit zuletzt 1.000 Beschäftigten. Seit 1992 freiberuflich in Berlin und im Raum Frankfurt tätig. Über 20 Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig, Ratsfrau der Stadt Büdingen (Hessen). Vorsitzende des „Ronneburger Kreises“, einer Vereinigung von Führungskräften in der Wirtschaft, die sich mit Motivation und Führungsmethoden auseinandersetzen. Verheiratet mit Dr. Christian Schwarz-Schilling, zwei Töchter, vier Enkel.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Bei Mehr Demokratie bin ich aus Überzeugung. Die kommunale Ebene ist in meinen Augen die wichtigste Basis der Demokratie. Hier ist die Demokratie allerdings sehr mangelhaft, man sieht es an den großen Städten, besonders an Berlin.

**Publikationen (Auswahl)**

Kaufmann und Schamane, 1984; Die Ehe – Seitensprung der Geschichte, 2004; verschiedene Artikel im Bereich Politik, Philosophie und Marktwirtschaft.



**Prof. Dr. Gerhard Stuby**

**Zur Person**

Geboren 1934 in Saarbrücken. Studium der Philosophie und Rechtswissenschaften in Trier, München, Grenoble und Freiburg, dort beide juristische Staatsexamen, 1963 Promotion an der Universität Freiburg, 1963-69 wissenschaftlicher Assistent dort und in Mannheim, 1970 Lehrstuhlvertretung an der Philipps-Universität Marburg. Seit 1971 Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Bremen. 1974-76 Konrektor. Seit 2000 im Ruhestand. Gründungsmitglied der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VdJ), Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik. Forschungsschwerpunkte: Völkerrecht, vor allem Völkerrechtsgeschichte.

**Kontakt**

stuby@uni-bremen.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich war Prozessvertreter der Bremer Bürgerinitiative Mehr Demokratie im Normenkontrollverfahren im Jahre 2000 des Bremer Staatsgerichtshofes. In diesem Verfahren ging es um die Abschaffung beziehungsweise Senkung des Zustimmungsquorums für einfache Gesetze und Verfassungsänderungen und den weitgehenden Haushaltsvorbehalt in der Bremer Landesverfassung. Obwohl ich den Prozess verloren habe, hat mir Mehr Demokratie die Mitgliedschaft im Kuratorium angetragen, die ich gern akzeptiert habe.

**Publikationen (Auswahl)**

Parteien überflüssig?, in: Forum Wissenschaft, 2/April 2000; Hut ab vor dem Volk, aber Quoren müssen her! Anmerkungen zur Entscheidung des Bremer Staatsgerichtshofes vom 14. Februar 2000, in: Andreas Bovenschulte u.a. (Hg.): Demokratie und Selbstverwaltung in Europa. Festschrift für Dian Schefold zum 65. Geburtstag, 2001; Von den Schwierigkeiten „guter“ Verfassungsgebung trotz Asymmetrie der Staatenwelt, in: Friedhelm Hufen (Hg.): Verfassungen. Zwischen Recht und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans-Peter Schneider, 2008.



**Johannes Stüttgen**

**Zur Person**

Geboren 1945 in Freiwaldau, Kindheit in Lank-Latum am Niederrhein. 1964-65 Studium der Theologie in Münster bei Prof. Joseph Ratzinger, 1966-71 Kunst-Studium bei Joseph Beuys in Düsseldorf. Mitbeteiligt 1970 bei der Gründung der Organisation der Nichtwähler für Volksabstimmung (1971 umbenannt in Organisation für direkte Demokratie) durch Beuys in Düsseldorf. 1971-80 Kunsterzieher in Gelsenkirchen, 1980-86 Geschäftsführer der Freien Internationalen Hochschule. Gemeinsam mit Brigitte Krenkers ab 1987 (documenta 8) OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE gGmbH in Deutschland. Enge Zusammenarbeit mit Mehr Demokratie e.V.; 2004 Honorary Fellowship der Oxford Brooks University.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Mitglied des Kuratoriums bei Mehr Demokratie bin ich von Beginn an. Wahrscheinlich wurde ich in dieses Gremium berufen, weil meine Arbeit für die Realisierung des Prinzips Volksabstimmung, dessen geistige Durchdringung und Vermittlung an die Zeitgenossen als künstlerischer Aktionscharakter für wichtig erachtet wurde, aber auch wegen ihrer jahrzehntelangen Kontinuität.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist ein Begriff, der als Bestimmung des Rechts direkt aus der Freiheitsnatur des Menschen entspringt und in dieser alle Menschen in Gegenwart und Zukunft als verantwortliche Gestalter (Künstler) der „Sozialen Plastik“ (J. Beuys) miteinander verbindet.

**Publikationen (Auswahl)**

ZEITSTAU. Im Kraftfeld des Erweiterten Kunstbegriffs von Joseph Beuys, 1988, 2. Aufl. 1998; Zum Kapital (verf. mit C. Schlingensiefel), 2000; Der Ganze Riemen. Der Auftritt von Joseph Beuys als Lehrer an der Kunstakademie, 1966, weitere Aufl. 1972, 2008.



**Wilfried Telkämper**

**Zur Person**

Geboren 1953 in Lingen/Ems, Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in Geschichte und Germanistik, Lehrer in Offenburg, Emmendingen und Freiburg, 1987-99 für Die Grünen im Europaparlament, 1989-92 dessen Vizepräsident; seit 2000 Manager in der Beruflichen Bildung bei InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH), Bereichsleiter, Mitglied der erweiterten Geschäftsführung; seit Gründungsparteitag 2007 Mitglied bei Die Linke. Seit 2010 Direktor des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID).

**Kontakt**

wilfried.telkaemper@freenet.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

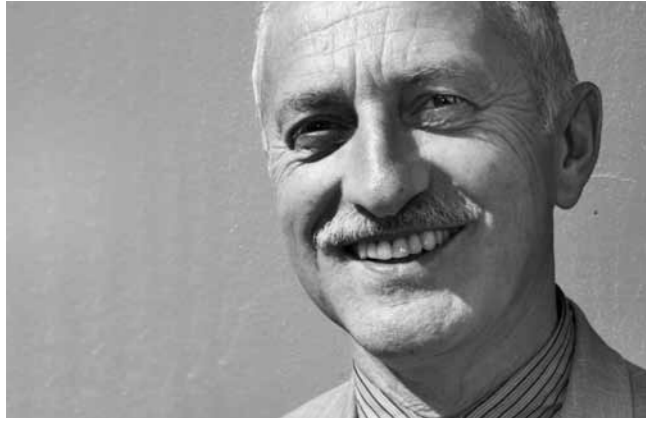
Auf Anfrage nach Einreichung meiner Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Maastricht. Aus Überzeugung, dass mehr Demokratie, direkte Demokratie die Stütze unserer staatlichen Verfasstheit ist.

**Was bedeutet für Sie die Demokratie?**

Demokratie ist die einzige Staatsform, die ermöglichen kann, die Würde aller Menschen zu achten und zu schützen, ihre Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit zu verwirklichen. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, wie Rosa Luxemburg sagte. Dies muss täglich und von jeder Generation neu erstritten werden. Die Demokratie kann hierfür die Voraussetzungen schaffen, hat diese Würde und Freiheit zu garantieren und zu schützen.

**Publikationen (Auswahl)**

Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Maastricht. Protokolle des Bundesverfassungsgerichtes, 1992; Maastricht II am Scheideweg. Reformen in Europa anstacheln, 1997; Bürgerfern und alltagsnah. Nur ein demokratisches EU-Europa garantiert ein soziales, ein ökologisches und friedliches Europa, in: Disput, 2009.



**Prof. Dr. Franz Thedieck**

**Zur Person**

Geboren 1947 in Wittenberg; Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften an der Universität Münster; 1977 Abschluss als Dr. iur. Seit 1980 Professor an der Fachhochschule Kehl für Staatsrecht, Europarecht und Verwaltungsrecht; 1990-99 freigestellt. Seit 1990 Regierungsberater für Verwaltungsreform und Dezentralisierung in Peru und Bolivien. 1994-99 Direktor der Zentralstelle für öffentliche Verwaltung der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Berlin; 2001-07 Dekan des Studiengangs „Master of European Public Administration – MPA“; Seit 2008 Ethik- und Nachhaltigkeitsbeauftragter der Hochschule Kehl.

**Kontakt**

thedieck@fh-kehl.de

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist ein elementarer Ausdruck der menschlichen Würde. Wenn Kant als Grund für die individuelle Menschenwürde die Autonomie bezeichnet, so stellt dies die Demokratie für die kollektive Würde dar. Ohne die Möglichkeit, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit mitgestalten zu können, verliert das menschliche Leben seine Würde und seinen Sinn. In anderer Ableitung betrachte ich Demokratie als ästhetisches Gestaltungselement der Gesellschaft im Sinne von Joseph Beuys. Ihm folgend kann Demokratie als ein Kunstwerk betrachtet werden, zu dessen Gelingen vor allem individuelle Spiritualität, Offenheit, Kreativität und Phantasie notwendig sind. Direkte Demokratie ist das wesentliche Mittel, um diesen Prozess menschlicher Selbstbestimmung zu fördern; daneben leisten auch andere Elemente – wie ein „offenes“ Wahlrecht – hierzu einen Beitrag.

**Publikationen (Auswahl)**

Europäische Entwicklungszusammenarbeit als Herausforderung, 2006; Der Verfall der repräsentativen Demokratie – Können Bürger und Demokratie wieder zusammenfinden?, in: Peters/Witt (Hg.): Festschrift für Hans-Jürgen Sperling, 2007; Foundations of Administrative Culture in Europe, 2007; The European Dimension of Administrative Culture, 2008.



**Dr. Rhea Thönges-Stringaris**

**Zur Person**

Geboren 1934 in Athen; Mutter dreier Töchter. 1953-59 Studium der Archäologie und der Kunstgeschichte in Bonn und München; 1959 Promotion; Museumstätigkeit bis 1974; Freundschaft und Zusammenarbeit mit Joseph Beuys 1972-86; Mitarbeit an der „Freien Internationalen Universität“ (FIU) auf der documenta 6/1977 und der Aktion „7000-Eichen“ auf der documenta 7/1982-87; Gründungsmitglied der Grünen 1979 (Austritt 2003); Stadtverordnete (Fraktion der Grünen) 1981-85; Mitglied im Aufsichtsrat der documenta (1981-87); Mitglied im Kuratorium der Stiftung „7000-Eichen“; Mitarbeit an der Staatlichen Kunstakademie Athen (ASKT).

**Kontakt**

rhea.thoenges@online.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil als Mitglied des Kuratoriums a) einerseits mir die Möglichkeit sinnvoll erscheint, bei Grundsatzentscheidungen und Initiativen mitzugestalten, und b) andererseits es hilfreich ist, im Ausland (in meinem Fall in Griechenland) mit mehr Autorität für die Idee der direkten Demokratie zu werben.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist für mich nur in ihrer ursprünglichen Idee, als „Herrschaft des Volkes“, denkbar. In ihrer heutigen (repräsentativen) Form entstellt sie dagegen die geniale Erfindung der alten Griechen. Genial auch deshalb, weil in der (direkt-)demokratischen Ausübung jede/r Einzelne die Chance erhält, sich kreativ und selbstbewusst zu realisieren.

**Publikationen (Auswahl)**

Das Griechische Totenmahl, 1965; Der letzte Raum. Joseph Beuys, 1986; Die Unsichtbare Skulptur. Zum erweiterten Kunstbegriff bei Joseph Beuys (Hg.), 1986; „Je länger aber das Ereignis sich entfernt...“. Zu Joseph Beuys und Peter Handke, 2001; „Η Επανάσταση είμαστε εμείς“. Joseph Beuys, 2010.



**Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp**

**Zur Person**

Geboren 1960 in Bern (Schweiz); 1979 Studium der Germanistik und Italianistik an den Universitäten Bern, München und Siena, 1990 Promotion zum Dr. phil., 1998 Habilitation an der Universität Bern (Venia legendi für Neuere deutsche Literaturwissenschaft), 2000 Ernennung zur Ordinaria für Europäische Kulturgeschichte, 2001 Direktorin des Instituts für Europäische Kulturgeschichte (Universität Augsburg).

**Kontakt**

silvia.tschopp@phil.uni-augsburg.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Neben wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen, die sich mit Problemen berühren, welche sich auch Mehr Demokratie zur Aufgabe gemacht hat, sind es wesentlich meine Erfahrungen als in Deutschland lebende Schweizerin, die mich dazu bewegen haben, Mitglied des Kuratoriums von Mehr Demokratie zu werden.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie bedeutet für mich in erster Linie eine Staatsform, die den Bürger/innen weitreichende Möglichkeiten der Teilhabe bietet. Sie basiert auf Vertrauen – dem Vertrauen in die Fähigkeit der Bürger/innen, vernünftige und gerechte Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden – und verlangt von allen Beteiligten jene Eigenschaften, die ich in der deutschen und europäischen Politik bisweilen vermisse: Transparenz, Kompromissfähigkeit, Sachlichkeit, Pragmatismus, Common Sense. Meine Erfahrungen haben mir gezeigt, dass eine Demokratie, wie ich sie mir wünsche, am ehesten im Rahmen direktdemokratischer Verhältnisse, wie ich sie in der Schweiz erlebt habe, verwirklicht werden kann.

**Publikationen (Auswahl)**

Heilsgeschichtliche Deutungsmuster in der Publizistik des Dreißigjährigen Krieges. Pro- und antischwedische Propaganda in Deutschland 1628 bis 1635, 1991; Die Geburt der Nation aus dem Geist der Geschichte. Historische Dichtung Schweizer Autoren des 19. Jahrhunderts, 2004.



**Prof. Dr. Christian Welzel**

**Zur Person**

Geboren 1964 in Saarbrücken. Professor für Politikwissenschaft und Inhaber des Lehrstuhls Vergleichende Politische Kulturforschung am Zentrum für Demokratieforschung (ZDEMO) der Leuphana University Lüneburg. Welzel ist außerdem Vize-Präsident der Weltwertestudien und Autor zahlreicher fachwissenschaftlicher Artikel zu den Themen Modernisierung, Wertewandel, Demokratisierung und Humanentwicklung.

**Kontakt**

cwelzel@gmail.com

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Direkte Demokratie ist genau das, was der deutschen Demokratie zur Belebung fehlt.

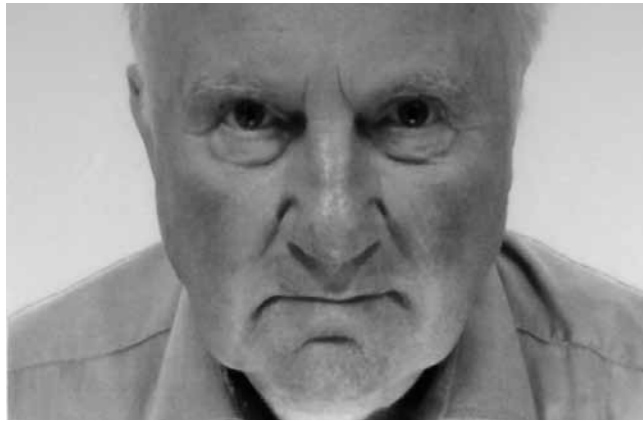
**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie ist ein Beitrag zur Humanentwicklung, der die Menschen in den Stand setzt, ihr eigenes Leben und das ihrer Mitmenschen zu gestalten.

**Publikationen (Auswahl)**

Fluchtpunkt Humanentwicklung: Über die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung, 2002; Modernization, Cultural Change and Democracy: The Human Development Sequence (verf. mit R. Inglehart), 2005; Democratization (verf. mit R. Inglehart, C. Haerpfer und P. Bernhagen), 2009.





**Dr. Dr. Hanns-Jürgen Wiegand**

**Zur Person**

Geboren 1937 in Marburg/Lahn. 1958-69 Studium der Jurisprudenz und der evangelischen Theologie in Marburg, Göttingen und Heidelberg. Seit 1969 Mitarbeit am Fachgebiet Öffentliches Recht der TU Darmstadt, zuletzt als akademischer Oberrat. Nach der Pensionierung im Jahr 2002 Lehrbeauftragter am Institut für Geschichte der TU Darmstadt. Promotionen: 1976 über Friedrich Julius Stahl, 2004 über direktdemokratische Elemente in der Deutschen Verfassungsgeschichte.

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Empfehlung von Mitgliedern, Interesse an der Arbeit von Mehr Demokratie.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Verwirklichung des Grundsatzes der Menschenwürde in Art. 1 des Grundgesetzes. Kontrolle von Machthabern (auch demokratisch gewählt).

**Publikationen (Auswahl)**

Direktdemokratische Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte, 2006; Die Auseinandersetzung um die Einführung von Volksentscheiden auf der Bundesebene seit Beginn der neunziger Jahre, in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009.



**Prof. Dr. Fabian Wittreck**

**Zur Person**

Geboren 1968 in Paderborn; Studium der Rechtswissenschaften und der Katholischen Theologie in Würzburg, dort auch Promotion zum Dr. iur. (2001) und Habilitation (2005). Lehrbefugnis für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Verfassungsgeschichte. Seit 2007 Inhaber der Professur für Öffentliches Recht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 2008 Aufnahme in das dortige Exzellenzcluster „Religion und Politik“.

**Kontakt**

fwitt\_01@uni-muenster.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Weil ich einen Beitrag dazu leisten will, dass die Frage der Abgrenzung von mittelbarer und unmittelbarer Demokratie in Deutschland endlich rational und fair diskutiert und entschieden wird.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Kollektive Selbstbestimmung durch Wahlen und Abstimmungen.

**Publikationen (Auswahl)**

Geld als Instrument der Gerechtigkeit. Die Geldrechtslehre des Hl. Thomas v. Aquin in ihrem interkulturellen Kontext, 2002; Weimarer Landesverfassungen. Die Verfassungsurkunden der deutschen Freistaaten 1918-1933. Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung, 2004; Direkte Demokratie und Verfassungsgerichtsbarkeit. Eine kritische Übersicht zur deutschen Verfassungsrechtsprechung in Fragen der unmittelbaren Demokratie von 2000 bis 2002, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Neue Folge 53 (2005); Nationalsozialistische Rechtslehre und Naturrecht – Affinität und Aversion, 2008; Direkte Demokratie vor Gericht oder Direkte Demokratie und Verfassungsgerichtsbarkeit – ein gestörtes Verhältnis?, in: Heußner/Jung (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl., 2009.



**Wilko Zicht**

**Zur Person**

Geboren 1976 in Wildeshausen, wohnhaft in Bremen. Kaufmännischer Angestellter eines Telekommunikationsunternehmens. Seit 1999 pflege ich die von mir ins Leben gerufene Internetseite Wahlrecht.de. 2007 war ich Vertrauensperson des erfolgreichen Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen – Mehr Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger“ in Bremen.

**Kontakt**

zicht@wahlrecht.de

**Warum sind Sie Mitglied des Kuratoriums?**

Ich beteilige mich an den Aktivitäten von Mehr Demokratie e. V., das Wahlrecht zu demokratisieren, indem der Einfluss der Wählerinnen und Wähler gestärkt wird. In Hamburg und Bremen war ich für die Erstellung der Gesetzentwürfe in den erfolgreichen Volksbegehren verantwortlich. Meine Kenntnisse versuche ich auch in die Arbeit des Kuratoriums einzubringen.

**Was bedeutet für Sie Demokratie?**

Demokratie kann nicht garantieren, dass in der Politik immer die richtigen Entscheidungen getroffen werden. In einer funktionierenden Demokratie wird die Bevölkerung nie besser regiert, als sie es verdient. Aber nur die Demokratie bietet den Unzufriedenen die Möglichkeit, auf friedlichem Wege die Macht zu erobern, und verhindert so gesellschaftliche Verwerfungen. Allerdings reicht es heutzutage nicht mehr, die Bürgerinnen und Bürger einmal in vier Jahren ein Kreuzchen machen zu lassen. Die Bevölkerung ist längst reif, mehr Verantwortung durch Volksentscheide und andere Formen der Bürgerbeteiligung zu übernehmen. Wer das Gefühl hat, Einfluss auf die Geschehnisse des Gemeinwesens zu nehmen, identifiziert sich mit diesem und ist auch eher bereit, das Gemeinwohl und die Interessen zukünftiger Generationen über die eigenen Belange zu stellen.

**Publikationen (Auswahl)**

wahlrecht.de

**Verstorbene Mitglieder des Kuratoriums**  
Prof. Dr. Peter C. Dienel (Wuppertal)  
Jaroslav Langer (Bonn)  
Prof. Dr. Joachim Linck (Erfurt)  
Dr. Wolfgang Ullmann (Berlin)



# MENSCHEN FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNG

Geschichte und Entwicklung von Mehr Demokratie e.V.

Text **Anne Dänner und Roman Huber**, Fotos **Mehr Demokratie**

## 1. Die IDEE

Am Anfang war die Idee. Entstanden im Gefolge der von 580.000 Menschen unterstützten Aktion „Volksentscheid gegen Atomanlagen“ (1986), getragen von einer Handvoll junger Leute: Angela von Bandemer, Lukas Beckmann, Gerald Häfner, Thomas Mayer, Andreas Möbius und Daniel Schily.

Sie wollten die Idee der direkten Demokratie nicht nur punktuell, sondern dauerhaft in den Blick der Öffentlichkeit rücken und zusätzlich zu den Wahlen die im Grundgesetz (Art. 20,2) versprochenen Abstimmungen einfordern. Und so hieß die Initiative, die ihr erstes Quartier im Bonner Keller der Heinrich-Böll-Stiftung fand, anfangs auch IDEE (Initiative DEMokratie Entwickeln).

**„Vor 20 Jahren haben wir angefangen, eine Handvoll Leute. Tief unten im Keller, in Bonn, der damaligen Hauptstadt. Wir hatten damals kaum Geld und so gut wie keine Mitglieder. Aber wir hatten eine Idee: Wir wollten die Republik verändern.“**

Gerald Häfner, Mitbegründer von Mehr Demokratie

Unser Leitgedanke, dass die Bürger/innen in einer Demokratie nicht nur Zuschauer/innen, sondern vor allem Gestalter/innen sind, war allerdings nicht neu.

Schon 1951 gründet Peter Schilinski mit dem „Bund für Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung“ eine der frühen Bürgerinitiativen, die sich für die direkte Demokratie einsetzten.

1971 initiiert Joseph Beuys in Düsseldorf die „Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung“. Ein Jahr später verlegt er das Büro dieser Organisation auf die documenta 5 nach Kassel. Sein Konzept war das der „Sozialen Plastik“, nach der jeder Mensch seinen Fähigkeiten entsprechend die Gesellschaft mitgestalten kann.

1982 – vor dem Hintergrund der Friedensbewegung – ruft Wilfried Heidt gemeinsam mit anderen in Achberg die „Aktion Volksentscheid“ ins Leben. In deren Gefolge entstehen in ganz Deutschland erste Bürgerinitiativen, die für die Einführung der direkten Demokratie kämpfen.

1987 nimmt nach einer Idee von Brigitte Krenkers der erste „OMNIBUS für Direkte Demokratie in Deutschland“ seine Fahrt auf. Er ist die bis heute die wichtigste Partnerorganisation von Mehr Demokratie. „Der ‚OMNIBUS für Direkte Demokratie in Deutschland‘ trägt dazu bei, dass die Arbeit von Joseph Beuys fortgesetzt wird, und dass sich immer mehr Menschen als freie, gleichberechtigte Mitgestalter des Gesellschaftsganzen in einer ‚Sozialen Skulptur‘ begreifen.“, schreibt Beuys-Schüler Johannes Stüttgen zum Start der Aktion. Der OMNIBUS unterstützt unsere Arbeit immer wieder bei Aktionen und Kampagnen.

Der Mensch ist frei, insofern er die Bedingungen, unter die ihn die Gesellschaft stellt, selbst verändern kann. Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen und selbst zum Gestalter zu werden – das trauen wir jedem Menschen zu. Dafür steht Mehr Demokratie.

## 2. Die ersten Kampagnen

Die Seele der direkten Demokratie sind die Unterschriftensammlung und das Gespräch. Dort, wo Menschen einander zuhören, Argumente austauschen und dann verbindlich entscheiden, bekommt die Demokratie eine ganz neue Qualität.

Ende der 80er Jahre wirkte die Vorstellung, neben dem Wählen noch andere verbindliche Formen der Mitbestimmung zuzulassen, noch geradezu revolutionär. Nur sieben Bundesländer konnten damals landesweite Volksbegehren, kommunale Bürgerbegehren waren nur in Baden-Württemberg möglich. Mehr Demokratie – damals noch IDEE – musste also nicht nur die Bevölkerung auf ihr Abstimmungsrecht aufmerksam machen, sondern zugleich die Bedingungen für Volksentscheide verbessern.



**„Wir fuhren nach Schleswig-Holstein, um Einfluss auf die Einführung des landesweiten und kommunalen Bürgerentscheides zu nehmen. Die Mauer fiel. Wir mussten nach Osten, denn in den neuen Bundesländern entstanden Landesverfassungen. Wir begleiteten die Arbeit der Verfassungskommission mit dem ‚Kuratorium für einen [demokratisch verfassten, Anm. d. Verf.] Bund Deutscher Länder‘. Doch die etablierte Politik verspielte 1992 leichtfertig die historische Chance für die Neugründung der Republik und die Einführung des Volksentscheids.“**

Thomas Mayer, Mitbegründer von Mehr Demokratie

Von Anfang an spielte die Überzeugungsarbeit bei politischen Entscheidungsträger/innen neben der Straßen- und Kampagnenarbeit eine wichtige Rolle. Der erste Verhandlungserfolg wurde 1989 in Schleswig-Holstein erzielt: IDEE erreichte durch Gespräche mit den Fraktionen im Kieler Landtag die Einführung von Bürger- und Volksentscheiden. Damit waren im ersten Land der Bundesrepublik einigermaßen praktikable Regelungen für die direkte Demokratie geschaffen.

Die ersten Kampagnen von IDEE waren thematisch ausgerichtet und hatten Umwelt- und Demokratie-Fragen zum Gegenstand. 1990 initiierte IDEE einen Künstleraufruf zum „Volksentscheid FCKW-Stopp“, den unter anderem Herbert Grönemeyer, Stefan Krawczyk und Udo Jürgens unterzeichneten – neben rund 283.000 weiteren Unterstützer/innen.

Mit der Anzeigen-Kampagne „Du sollst nicht lügen“ forderte die Initiative 1991 in zehn großen Tageszeitungen Volksentscheide und Neuwahlen, weil die CDU-Regierung mit Steuererhöhungen ihr Wahlversprechen gebrochen hatte. In Folge dieser Aktion versuchte das Finanzgericht Bonn, dem unbequemen Verein die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Obwohl IDEE (später Mehr Demokratie) in einem bis 2005 andauernden Marathon jeden Prozess gewann, wurde immer wieder Revision eingelegt. Das Verfahren zog sich bis zur höchsten Instanz, dem Bundesfinanzhof, bis es der Verein mit Hilfe der Kanzlei Obst und später des Kuratoriumsmitglieds Stefan von Raumer abschließend für sich entscheiden konnte.

1991 entstand mit dem „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“ eine gesamtdeutsche Bür-





koordinieren. Schnell fanden sich zahlreiche weitere Unterstützer/innen und Spender/innen zusammen.

Doch so viel Zuspruch hat auch Gegenreaktionen ausgelöst. Die CSU legte im Mai 1994 einen eigenen, restriktiven Gesetzentwurf für Bürgerbegehren vor, zog diesen aber noch im gleichen Monat wieder zurück. Und das Bayerische Verfassungsgericht erklärte im November 1994 das Begehren „Faire Volksentscheide im Land“ mit einer schwer nachvollziehbaren Begründung für unzulässig. Mehr als 35.000 Unterschriften hatte die Initiative dafür eingereicht.

Letztendlich verhalf das Unverständnis von Bürger/innen und Medien den Initiativen zum Erfolg: Mit dem zweiten Begehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“ gelang 1995 der Durchbruch. Der Erfolg war gigantisch: Die zehnpromtente Beteiligungshürde wurde mit 1,2 Millionen Unterschriften der Wahlberechtigten innerhalb einer zweiwöchigen Sammelfrist genommen. Mit fast 60 Prozent Zustimmung beim Volksentscheid wurde die direkte Demokratie in den bayerischen Städten und Gemeinden eingeführt. Es war seit Jahrzehnten die erste politische Niederlage der CSU. Den Aktiven war dieser Punkt nicht wichtig, aber die Republik horchte auf.

**„Der Volksentscheid in Bayern war ein großer Triumph. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger [...] haben sich selbst neue demokratische Entscheidungsrechte gegeben.“**

Thomas Mayer und Michael Seipel,  
ehem. Pressesprecher von „Mehr Demokratie in Bayern“

gerinitiative. Sie forderte – unterstützt von 50.000 Menschen – eine neue Verfassung, die durch ein Referendum angenommen werden und Volksabstimmungen enthalten sollte.

**„Es ging im Herbst `89 um das tägliche Brot der Demokratie, um freie und geheime Wahlen, aber auch um die direkte Demokratie. [...] Die direkte Demokratie in ganz Deutschland ist nach der Wiedervereinigung aufgeblüht. Sie ist eine 89er Herbstzeitlose.“**

Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie und Landesvorstand Thüringen

1992 startete IDEE mit der „Aktion Volksabstimmung“ die erste große Kampagne für das Instrument des bundesweiten Volksentscheids. Mit der Übergabe von 1,3 Millionen Unterschriften versuchte IDEE nach der friedlichen Revolution Einfluss auf die Gemeinsame Verfassungskommission zu nehmen. Obwohl dort ein entsprechender Antrag der SPD die Mehrheit erhielt, verhinderten CDU und FDP die Zweidrittelmehrheit

und damit auch, dass Volksentscheide in die Verfassung aufgenommen wurden. Auch ein Volksentscheid über das neue Grundgesetz fand nicht statt. Dennoch sollte der Aufbruch im Osten die direkte Demokratie in ganz Deutschland einen Riesenschritt voranbringen.

### 3. Die Demokratiewelle rollt von Ostdeutschland nach Bayern

Bis 1990 existierte direkte Demokratie in der Bundesrepublik – wenn überhaupt – nur auf dem Papier. Landesweite Volksentscheide waren zwar in sieben Bundesländern möglich, die Hürden aber nahezu unüberwindbar. Bürgerbegehren und -entscheide gab es nur in Baden-Württemberg. Nach der friedlichen Revolution wurde die direkte Demokratie in allen Landes- und Kommunalverfassungen der neuen Bundesländer verankert – und damit eine Demokratiewelle ausgelöst, die auch den Westen erreichte.

Diese Chance nutzte IDEE, um die Regeln für Volksabstimmungen von unten, also auf direktdemokratischem Wege, zu verbessern. Die Idee der „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“ entstand aus der Überzeugung heraus, dass die Bür-

ger/innen nicht länger nur als Bittsteller auftreten und mühevoll gesammelte Unterschriften nicht ergebnislos in den Archiven verschwinden sollten.

**„Demokratie ist lustig und aufregend. Mit zunächst wenigen Menschen gingen wir gemeinsam eine scheinbar nicht lösbare Aufgabe an. Und weil immer mehr Menschen sich mit dieser Aufgabe verbanden, erfuhren wir, wie schön es ist, Demokratie zu gestalten.“**

Tim Weber, Fundraiser und langjähriger Mitarbeiter von Mehr Demokratie

In Nürnberg beschlossen 1992 achtzehn engagierte Leute, ein Volksbegehren zur Einführung von Bürgerentscheiden in Bayern zu starten. Außerdem sollte ein weiteres Volksbegehren die Bedingungen für die direkte Demokratie auf Landesebene verbessern. Der IDEE e.V. verlegte eigens dafür sein Büro von Bonn nach München. Eine Handvoll Aktiver zog ebenfalls nach München, um von dort aus die Aktionen zu

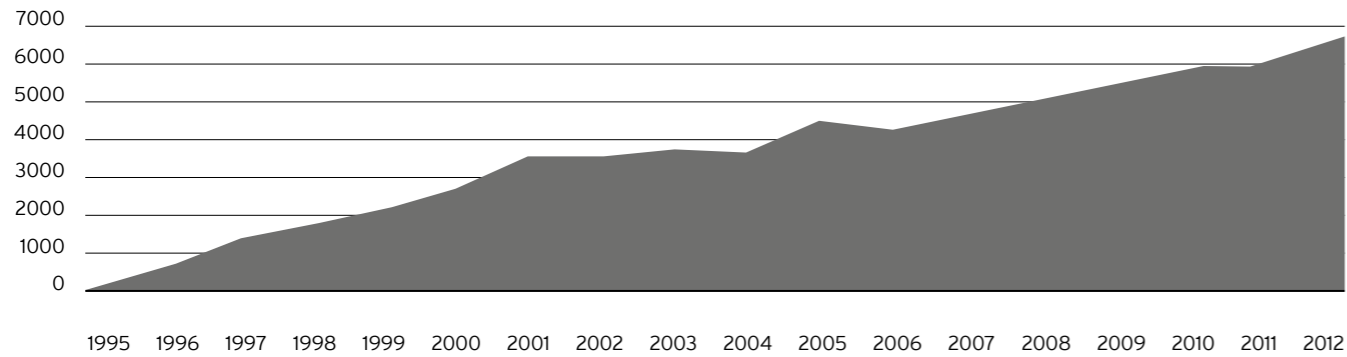
Anders als von der CSU befürchtet, ging der Freistaat damit nicht unter – im Gegenteil. „Mit etwa 970 Bürgerentscheiden steht Bayern [...], was die Bürgerbeteiligung betrifft, an der Spitze der Länder“, schreibt der damalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein zum 20jährigen Jubiläum von Mehr Demokratie 2008 nicht ohne Stolz. „In diesem ausgeprägten Willen zur Mitgestaltung kommt eine enge Bindung der Menschen an ihre Heimat zum Ausdruck.“

Mit dem Erdrutschsieg von 1995 war klar, dass Bayern die neue Keimzelle der direkten Demokratie werden würde. Aus der IDEE wurde „Mehr Demokratie e.V.“ und das Vereinsziel, bundesweite Volksabstimmungen einzuführen, wurde weiter verfolgt.

### 4. Raus aus dem Keller

Auf den großen Erfolg von 1995 folgte die Ernüchterung. Der Verein hatte jetzt zwar einen griffigeren Namen, stand aber 1996 kurz vor dem finanziellen Aus. Mit nur 130 Mitgliedern war eine deutschlandweite Kampagnenführung kaum zu stemmen. Es mussten mehr Mitglieder gewonnen werden.

Mitgliederentwicklung (seit der Erfassung 1995)



„Im Herbst 1995 feierten wir unseren größten Erfolg, ein halbes Jahr später waren wir pleite. Unsere Spender fragten uns, wieso wir denn jetzt noch Geld brauchen, wir waren doch erfolgreich. Ein neuer Griff musste her. Also entwickelten wir die Doppelzangenstrategie zur Einführung von Volksentscheiden in ganz Deutschland ... und bauten professionelles Fundraising auf mit dem Ziel: 10.000 Mitglieder. Im Jahr 2000 wollten wir damit durch sein ... nun, heute nach 15 Jahren haben wir wohl die größte Wegstrecke bis zu diesem Ziel zurückgelegt.“

Roman Huber,  
geschäftsführender Vorstand von Mehr Demokratie

Unter der Federführung des zuvor in der Wirtschaft tätigen Roman Huber wurde der Stamm an dauerhaften Förder-Mitgliedern sukzessive ausgebaut. Nach und nach wurden auch mehr Spendende gewonnen, welche die Vereinsarbeit unterstützen.

In dreizehn Ländern wurden Landesgruppen gegründet. In elf Bundesländern entstanden Büros. Die Arbeit dort wurde verstärkt neben Aktiven auch von festen Mitarbeiter/innen getragen. Das Ergebnis der Fundraising-Aktivitäten und der Landesverbandsgründungen konnte sich sehen lassen: 1996 wurden über 500 neue Mitglieder geworben. Zu seinem zehnjährigen Bestehen 1998 hatte der Verein seine Mitgliederzahl gegenüber 1995 mehr als verzehnfacht. Zum 20jährigen Jubiläum 2008 waren es knapp 5.000 Mitglieder und heute (Stand: März 2013) haben wir mehr als 7.000 Mitglieder. Mittlerweile

ist die Stammebelegschaft der festen Mitarbeiter/innen auf mehr als 30 angewachsen.

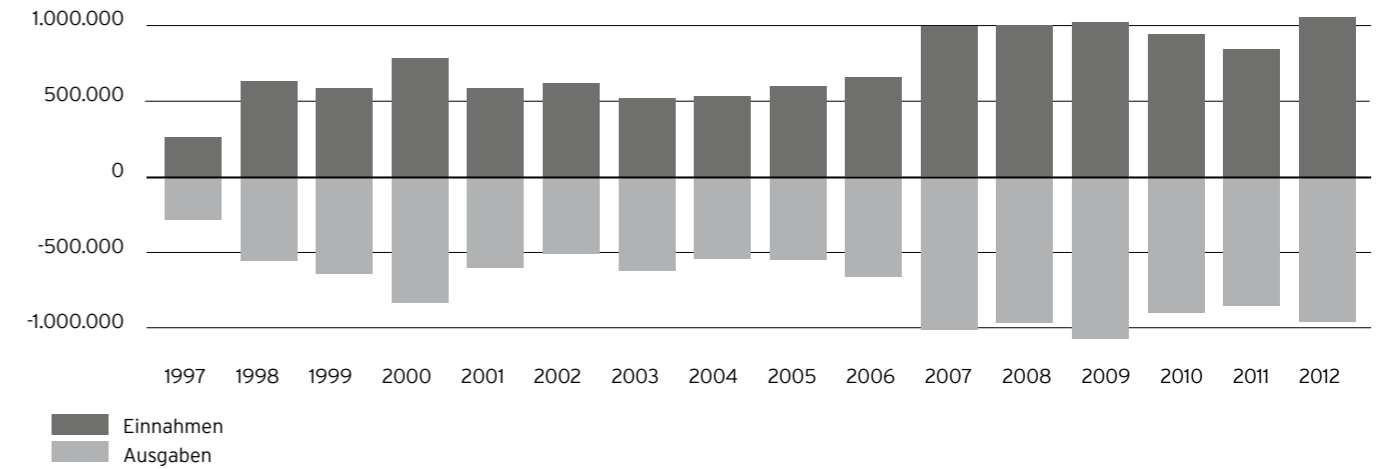
**Gründung von Landesverbänden/Landesgruppen**

Bayern	1993
Hessen	1996
Berlin/Brandenburg	1997
Bremen/Niedersachsen	1997
Hamburg	1997
Baden-Württemberg	1998
Nordrhein-Westfalen	1998
Sachsen	1998
Schleswig-Holstein	1999
Thüringen	2000
Rheinland-Pfalz	2005
Saarland	2007
Sachsen-Anhalt	2012

Neben den Mitgliedsbeiträgen bilden Spenden bis heute das finanzielle Standbein von Mehr Demokratie. Der Verein bezieht ansonsten kaum öffentliche Gelder. Neben einigen Großspenden spielen vor allem kleine Spendensummen und Mitgliedsbeiträge eine große Rolle: So standen 2012 elf Großspenden (über 5.000 Euro) ca. 9.800 kleineren Spenden und Mitgliedsbeiträgen gegenüber.

Besonders erfolgreich war für Mehr Demokratie das Jahr 2012 mit der Kampagne „Europa braucht Mehr Demokratie“: Mit

Jahresabschlüsse (seit 1997) in EUR



rund 37.000 Unterstützenden wurde die Verfassungsbeschwerde zu Eurorettungsschirm (ESM) und Fiskalvertrag zur größten Bürgerklage in der Geschichte der Bundesrepublik. Innerhalb weniger Monate traten etwa 750 neue Mitglieder bei.

**5. Entwicklung zum Fachverband**

„Unsere Energie beziehen wir aus positiven Leitbildern einer künftigen Gesellschaft, die wir in uns tragen, wenn auch in durchaus unterschiedlicher Ausprägung. Aufgabe von Mehr Demokratie kann es nicht sein, sich solche Ideen zu eigen zu machen, wohl aber, wie eine Hebamme ihr Erscheinen zu befördern. Inhaltliche Neutralität und Offenheit verbinden sich in solcher Funktion mit der Gewissheit, dass etwas Neues werden will und zu ermöglichen ist.“

Prof. em. Dr. Roland Geitmann, bis 2008 Sprecher des Kuratoriums

1997 entstand die Idee, ein Kuratorium mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik zu berufen, die den Verein beraten und die Idee der Volksabstimmung in die Öffentlichkeit tragen sollten. Unter den ersten Kuratoriumsmitgliedern waren PD Dr. Otmar Jung, Prof. Dr. Roland Geitmann, Prof. Dr. Hermann Heußner und Prof. Dr. Theo Schiller. Diese vier Namen sind verbunden mit grundlegenden Forschungen und Publikationen zur direkten Demokratie. Das Kuratorium umfasst mittlerweile knapp 60 Mitglieder und trägt mit dazu bei, dass Mehr Demokratie in Wissenschaft und Politik als ernstzunehmender Verhandlungspartner und Ratgeber wahrgenommen wird. Seit Ende der 90er Jahre hat sich die

ursprüngliche Bürgeraktion immer stärker auch zum Fachverband entwickelt und sich deutschlandweit als der Ansprechpartner für Fragen der Volksgesetzgebung und des Wahlrechts etabliert. Mehr Demokratie ist zum weltweit größten Fachverband für direkte Demokratie geworden.

Mehr Demokratie erarbeitet Gesetzentwürfe zur direkten Demokratie und zum Wahlrecht, stellt Expert/innen für Anhörungen in den Parlamenten und erstellt wissenschaftliche Studien und Argumentations-Papiere. Als deutschlandweit einzige Organisation liefern wir in regelmäßigen Abständen Zahlen, Daten und Fakten zu Volks- und Bürgerbegehren und bewerten die Regelungen in den einzelnen Bundesländern in Rankings.

Seit 2000 erscheint jährlich unser Volksbegehrens-Bericht, der einen Überblick über Themen, Erfolge und Trends der direkten Demokratie auf Landesebene gibt. Ein erster Bürgerbegehrensbericht, der die Praxis seit 1956 untersuchte, erschien 2007, ein zweiter 2012. Seit 2003 haben wir drei Volksentscheidungs-Rankings veröffentlicht, in denen die Gesetze für Bürger- und Volksentscheide verglichen werden. 2010 schließlich folgte mit dem ersten Wahlrechts-Ranking eine Bewertung der kommunalen Wahlrechte bundesweit. Erwähnt sei auch die von uns seit 1997 unterstützte Bürgerbegehrensdatenbank, die von der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie an der Universität Marburg - mittlerweile in Kooperation mit der Universität Wuppertal - betrieben wird. Sie ist ein deutschlandweit einmaliger Fundus für alle, die sich einen Überblick über die kommunale Direktdemokratie verschaffen wollen.



Neben Berichten und Rankings veröffentlicht Mehr Demokratie Stellungnahmen und Positionspapiere zu Demokratiefragen. Hinzu kommen mehrere Buchpublikationen, darunter auch das Standardwerk „Mehr Direkte Demokratie wagen“, das von den Kuratoriumsmitgliedern Hermann K. Heußner und Otmar Jung herausgegeben wird.

#### Liste der Veröffentlichungen

##### Rankings und Berichte

Volksbegehrensbericht	seit 2001 jährlich
Bürgerbegehrensbericht	2007, 2012
Volksentscheid-Ranking	2003, 2007, 2010
Wahlrechts-Ranking	2010

##### Literatur

Hofmann/Naumann: Europäische Demokratie in guter Verfassung. 2010.  
Efler/Häfner/Huber/Vogel: Europa: nicht ohne uns! Abwege und Auswege der Demokratie in der Europäischen Union. 2009.  
Feld/Huber/Jung/Welzel/Wittreck: Jahrbuch für Direkte Demokratie. 2009.  
Heußner/Jung: Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge. 2009.  
Seipel/Mayer: Triumph der Bürger. 2005.  
Paul Tiefenbach: Alle Macht demVolke?, 2013.

Die zunehmende Professionalisierung von Mehr Demokratie seit Mitte der 90er Jahre zeigt sich auch am Ausbau der technischen Möglichkeiten. 1996/97 ging die Initiative online. Wie bei vielen anderen NGOs ist auch bei Mehr Demokratie das Arbeiten ohne Internet nicht mehr vorstellbar. Auch wenn der Hauptfokus auf Aktivitäten außerhalb des Netzes liegt, werden vor allem Online-Unterschriftenaktionen oder die öffentliche Befragung von Politiker/innen immer wichtiger. Den ersten Schritt in diese Richtung machten 2004 die Mehr-Demokratie-Mitglieder Gregor Hackmack und Boris Hekele mit der Gründung der Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), über die Bürger/innen Kandidierende und Abgeordnete online befragen können.

Mehr Demokratie startete 2010 mit der Homepage [volksentscheid.de](http://volksentscheid.de) eine übers Internet zugängliche Politiker/innen-Befragung, eine Art Wahlprüfstein zum Thema bundesweiter Volksentscheid. Dies war zugleich der Auftakt für mehrere „Demokratiecheck“-Aktionen zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin. Die Hauptseite [mehr-demokratie.de](http://mehr-demokratie.de) wird immer wieder durch separate Kampagnen-Homepages ergänzt.

#### 6. Mehr Demokratie verändert die Republik - Kampagnengeschichte -

Auf die ersten von Mehr Demokratie herbeigeführten Erfolge mit dem Ausbau der Direktdemokratie in Schleswig-Holstein und Bayern folgte zwischen 1997 und 2000 eine Reihe von Rückschlägen. In Bayern nahm das Verfassungsgericht den per

Volksentscheid angenommenen Gesetzentwurf zum Teil zurück. Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ wurde ebenfalls gerichtlich verboten. In Baden-Württemberg, Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen stoppten die Landesregierungen oder die Landesverfassungsgerichte die von Mehr Demokratie angestoßenen Volksbegehren aus juristischen Gründen. So sollte das Primat der repräsentativen Demokratie festgeschrieben werden.

**„Mehr Demokratie ist einzigartig, weil wir uns unabhängig von eigenen politischen Interessen für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte einsetzen.“**

Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie

Dieser Serie von Abwehrreaktionen der etablierten Politik war 1998 ein großer Triumph der Volksbegehrens-Verfechter mit „Mehr Demokratie in Hamburg“ vorausgegangen. Mit 75 Prozent Zustimmung führten die abstimmenden Hamburger/innen Bürgerentscheide in den Bezirken ein. 2001 wurden die Reformbeschlüsse umgesetzt. Der parallel laufende Versuch, auch die Landesebene zu reformieren, scheiterte. Das für Verfassungsänderungen vorgesehene Zustimmungsquorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten wurde nicht erreicht – hier hatten ironischerweise die hohen Hürden eine Hürdensenkung verhindert.

Im Jahr 2000 ging das Ringen in Bayern weiter: Dort hatte das Landesverfassungsgericht zwei weitere Anträge auf Volksbegehren für verfassungswidrig erklärt, die auf eine Verbesserung der direkten Demokratie auf Gemeinde- und Landesebene zielten und die von 28.000 bzw. 26.000 Bürger/innen unterzeichnet worden waren. Dies war aus Sicht von Mehr Demokratie ein weiterer Hinweis auf die Verflechtung von Landespolitik und Gerichtsentscheidungen.

Das Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle“ forderte ein demokratischeres Richterwahlrecht – eine Reaktion darauf, dass das Verfassungsgericht mit einfacher Mehrheit vom Landtag besetzt wurde und dementsprechend der CSU nahestand. Das Vorhaben scheiterte an der Unterschriftenhürde von 10 Prozent. Auch in Thüringen schienen die Bemühungen zunächst vergeblich, als das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ 2000 für unzulässig erklärt wurde.

Derweil erzielte Mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen durch Aktionen und Verhandlungen einen Erfolg. 2001 sprach sich eine Landtagsmehrheit für eine Erleichterung von Bürgerbegehren aus. Weitere Reformen der kommunalen Direktdemokratie folgten 2004 und 2007. Auch das erfolglose Volksbegehren „Mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen“ von 1999 trug letztlich Früchte: 2002 wurde die landesweite Volksgesetzgebung grundlegend reformiert. Dies war ein erster Schritt, auch wenn die Regelungen noch sehr restriktiv blieben.



Ein Jahr später zeigte sich auch in Thüringen, dass Mehr Demokratie den entscheidenden Reform-Anstoß gegeben hatte: Der Landtag beschloss die Erleichterung landesweiter Volksbegehren. Ein ähnliches Muster ist in Baden-Württemberg zu beobachten: Auf das zunächst erfolglose Begehren zum Ausbau der kommunalen Direktdemokratie folgte 2005 die Reform, die Bürgerbegehren zu fast allen Themen ermöglichte.

2005 und 2006 erreichte die Demokratiewelle endlich die Bundeshauptstadt: Als letztes Bundesland führte Berlin 2005 Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene ein – dafür gleich mit relativ anwendungsfreundlichen Regelungen. 2006 trugen die Bemühungen von Mehr Demokratie auch auf Landesebene Früchte. Bei der Abstimmung über eine Verfassungsänderung stimmten 84 Prozent für eine Erleichterung von Volksinitiativen, Volksbegehren und -entscheiden. Seitdem folgten mehrere Reformen und ein auf ganz Deutschland ausstrahlendes Verfassungsgerichtsurteil, das nun auch finanzwirksame Volksbegehren ermöglicht.

Nachdem die direkte Demokratie nun deutschlandweit eingeführt war, ging es für Mehr Demokratie darum, die vielerorts noch äußerst unbefriedigenden Regelungen weiter zu verbessern. Und wieder war Hamburg Vorreiter. 2007 wurden dort gleich zwei Volksbegehren zur Senkung der Abstimmungshürden und für verbindlichere Volksentscheide gestartet. Ein Jahr später gelang es nach jahrelangem Ringen durchzusetzen, dass Senat und Abgeordnetenhaus Volksentscheide nur dann wieder ändern können, wenn die Bürger/innen einverstanden sind.

2008 folgte in Thüringen ein Paukenschlag: Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ wurde von 12 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt. Die CDU versuchte durch Verfahrenstricks das Volksbegehren auszubremsen, musste sich aber 2009 schließlich doch dem Druck der Öffentlichkeit beugen und die Reformen beschließen.

Bis Ende 2012 konnte Mehr Demokratie in etlichen weiteren Bundesländern Verhandlungs- und Kampagnenerfolge erzielen: Bremen verbesserte 2009 die Regeln für Volksbegehren und -entscheide. Rheinland-Pfalz und Hessen reformierten die kommunale Direktdemokratie. Brandenburg hat 2011 die Bedingungen für Volksabstimmungen etwas verbessert, Nordrhein-Westfalen deutlich fairere Regeln für Bürgerbegehren und Volksabstimmungen geschaffen. In Schleswig-Holstein wurden durch zwei erfolgreiche Volksinitiativen eine Bürgerbegehrensreform und eine Bundesratsinitiative für bundesweite Volksentscheide angestoßen. Bremen hat die direkte Demokratie auf Landesebene ausgebaut, Bremerhaven sie auf Bezirksebene reformiert. In Baden-Württemberg zog die grün-rote Landesregierung Lehren aus dem Bürgerunmut rund um Stuttgart 21 und kündigte Reformen der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie an – Mehr Demokratie drängt auf deren Umset-

zung. In Hamburg sind Bürgerbegehren seit 2012 noch besser anwendbar und Volksentscheide verbindlicher geworden.

**Faires Wahlrecht – das zweite Standbein der Demokratie**  
Neben dem Recht auf Volksabstimmung ist ein faires Wahlrecht eine tragende Säule für eine funktionierende Demokratie. Mehr Demokratie setzt sich deshalb auch für die Verbesserung der Wahlverfahren in den Kommunen, Ländern und bundesweit ein. Der wichtigste Gesichtspunkt ist dabei die Personalisierung. Die Wähler/innen sollen die Zusammensetzung der Parlamente selbst bestimmen können statt nur festgelegte Personenlisten abzusegnen. Außerdem sollten Wahl- und Auszählungsmodus gewährleisten, dass der Wählerwille möglichst genau abgebildet wird und möglichst wenige Stimmen verloren gehen.

Mehr Demokratie erarbeitet Stellungnahmen, stellt bundesweit Expert/innen zu Wahlrechtsfragen und leistet Überzeugungsarbeit bei Politiker/innen. Die wirklichen Wahlrechtsreformen aber wurden durch Kampagnen, also quasi „auf der Straße“, erreicht.

#### **Wahlrechts-Kampagnen von Mehr Demokratie:**

##### **Hamburg**

2004 startet eine Volksinitiative, die im Kern die Einführung von Mehrmandatswahlkreisen und offene Parteilisten fordert. Als Reaktion auf das erfolgreiche Volksbegehren brachten CDU und SPD einen Alternativvorschlag ein, der aber im Volksentscheid unterlag. Doch 2006 kippte die CDU-Regierung das erste per Volksentscheid beschlossene Wahlrecht wieder. Außerdem wurde die Volksgesetzgebung restriktiver gestaltet, um ähnlich unliebsame Entscheidungen zu erschweren.

2009 gelang es Mehr Demokratie mit einem neuen Volksbegehren, für das 76.000 Unterschriften zusammenkamen, das Volksentscheidswahlrecht zurückzuerobern. Angesichts einer drohenden Niederlage beim Volksentscheid zeigte sich das Parlament handlungsbereit und übernahm das von der Initiative vorgeschlagene Wahlrecht weitgehend. Außerdem wurde das Aufheben von Volksentscheiden erheblich erschwert.

##### **Bremen**

2006 forderte Mehr Demokratie auch in Bremen, die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens ebenso wie die Direktwahl einzuführen. Nachdem die Bürgerschaft sich zuerst offen für den von der Initiative vorgelegten Gesetzentwurf zeigte, fanden CDU und SPD schließlich immer mehr angebliche Risiken und ein Erfolg auf dem Verhandlungsweg war nicht absehbar. Mehr Demokratie startete also mit einem vereinfachten und juristisch abgesicherten Gesetzentwurf die Antragssammlung für ein Volksbegehren.

Dass nicht nur 5.000 Unterstützer/innen für den Antrag, sondern auch mehr als 70.000 für das Volksbegehren zusammenkamen,



überraschte den Senat. Eine kontrovers diskutierte Kampagne gegen „Parteienkungelei“ mobilisierte die Bremer Bürger/innen dermaßen, dass die Regierung schließlich das Risiko eines Volksentscheids vermeiden wollte.

Im Dezember 2006 wurde das neue Wahlrecht von der Bürgerschaft verabschiedet. Der anfangs gehegte Plan von CDU und SPD, auch in Bremen das Volksentscheidswahlrecht zurückzunehmen, scheiterte, nachdem 2007 Bündnis 90/ Die Grünen mit an die Regierung kamen. 2011 wurde in Bremen erstmals nach dem neuen Wahlrecht gewählt.

##### **Nordrhein-Westfalen**

Auch in Nordrhein-Westfalen startete Mehr Demokratie 2007 eine Kampagne, mit der ein Mehrstimmenwahlrecht mit frei auf die Parteilisten und Kandidaten verteilbaren Stimmen eingeführt werden sollten. 2008 wurden knapp 73.000 Unterschriften übergeben. Doch die erfolgreiche Volksinitiative wurde vom Landtag zunächst abgelehnt – angeblich seien die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu groß für eine solche Regelung. Immerhin: die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und die FDP nahmen eine Wahlrechtsreform erneut in ihre Wahlprogramme für die Landtagswahl 2010 auf – noch hat Nordrhein-Westfalen kein faires Wahlrecht, aber die Debatte geht weiter.

##### **Berlin**

In der Bundeshauptstadt forderte Mehr Demokratie mit dem Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“ neben veränderbaren Parteilisten und Mehrmandatswahlkreisen auch eine Ersatzstimme. Sie griffe in dem Fall, dass die eigentlich bevorzugte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Der Antrag auf Volksbegehren war 2008 mit rund 24.000 Unterstützer/innen erfolgreich, wurde aber von der Landesregierung in Teilen für ungültig erklärt. Nach einer Gerichtsentcheidung, die das Prüfverfahren des Senats für unzulässig befand, musste das Volksbegehren in allen Punkten zugelassen werden. Da der Zeitplan der Initiative jedoch nicht mehr zu schaffen war, entschieden sich die Initiator/innen gegen eine Fortführung. Mehr Demokratie bleibt dennoch weiterhin aktiv als Experte in Anhörungen und auf Veranstaltungen sowie als Teil des „Netzwerks Wahlalter 16“.

##### **Bund**

Die gemeinsam mit Wahlrecht.de und 3.500 Menschen eingereichte Verfassungsbeschwerde „Mehr Demokratie beim Wählen“ mündete 2012 in ein Urteil, nach dem das von CDU und FDP durchgedrückte Bundeswahlrecht gegen das Grundgesetz verstößt. Das negative Stimmgewicht, das den Wählerwillen verzerrt, muss durch eine Wahlrechtsreform beseitigt, die Zahl der Überhangmandate muss begrenzt werden, bestätigte das Gericht unsere Forderungen.

Im Februar 2013 verabschiedete der Bundestag einen zwischen Union, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen ausgehandelten Gesetzentwurf für ein neues Bundeswahlrecht, der Überhangmandate komplett ausgleicht. Mehr Demokratie setzt sich weiter dafür ein, dass sich der Bundestag in der nächsten Legislaturperiode auf ein Modell verständigt, das Überhangmandate komplett vermeidet.

##### **Informationsfreiheit**

Mit der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ hat Mehr Demokratie im Jahr 2012 in Hamburg ein bundesweit vorbildliches Gesetz für Informationsfreiheit auf den Weg gebracht. Reformen in vielen anderen Bundesländern werden folgen.

##### **7. Bundesweit: Menschen für Volksabstimmung**

Seit der Gründung der Bundesrepublik werden deutschlandweite Volksabstimmungen immer wieder von Bürgerseite eingefordert und im Parlament debattiert. Regelmäßig sprechen sich in Umfragen zwischen 60 bis 89 Prozent der Befragten dafür aus. Außer Mehr Demokratie gab und gibt es diverse andere Initiativen, die sich neben anderen Themen für bundesweite Volksentscheide stark machen. Einmalig ist jedoch, dass es Mehr Demokratie ausschließlich um das Fahrzeug Volksentscheid, nicht aber um die damit transportierten Themen geht. Damit sind wir über Parteigrenzen und Gesinnungsgräben hinweg ein ernstzunehmender Verhandlungspartner und



konnten immer wieder Prominente, Künstler/innen und Intellektuelle als Unterstützer/innen gewinnen.

**„Schon allein die Möglichkeit oder die Notwendigkeit, bestimmte besonders wichtige Fragen dem Volk zur Entscheidung vorzulegen, wird dann auch das Verhalten der gewählten Repräsentanten verändern.“**

Gertrude Lübke-Wolff, Bundesverfassungsrichterin

Die bisher erkämpften Erfolge in Sachen direkter Demokratie auf Bundesebene wären wohl ohne die kontinuierliche und professionelle Arbeit des Vereins nicht zu Stande gekommen. Hier seien nur die wichtigsten Aktionen und Fortschritte auf politischer Ebene genannt: 1992 wurden die bereits erwähnten 1,1 Millionen Unterschriften an die Gemeinsame Verfassungskommission übergeben. 2001 initiierte Mehr Demokratie die Aktion „Menschen für die Volksabstimmung“. Getragen von 80 Ver-

bänden war sie bisher das größte Bündnis für direkte Demokratie in Deutschland. 2003 wurden 100.000 Unterschriften übergeben. Zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes 2009 fanden im Rahmen der Kampagne „Volksentscheid ins Grundgesetz“ unter anderem eine symbolische Volksabstimmung in der 22.000 Seelen-Gemeinde Vaterstetten, eine Demokratie-Tour durch die Bundesländer und eine Politiker/innenbefragung über die Seite volksentscheid.de statt. Auch wenn der Weg zum bundesweiten Volksentscheid mühsam bleibt, bewegt sich die Politik mit kleinen Schritten in die richtige Richtung.

1998 nimmt die Koalition aus SPD und Bündnis 90/ Die Grünen als erste Regierung die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen in den Koalitionsvertrag mit auf. 2002 stimmt erstmals eine Bundestagsmehrheit für die Einführung von Volksbegehren und -entscheiden. Zwar wird die notwendige Zweidrittelmehrheit durch CDU/CSU verhindert, doch zeigt sich im Abstimmungsergebnis – 348 Abgeordnete (63,4 Pro-

zent) stimmten mit Ja, 199 mit Nein bei zwei Enthaltungen – ein erster Erfolg der unermüdlichen Überzeugungsarbeit Gerald Häfners innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Nach der Wiederwahl 2002 erneuert Rot-Grün sein Versprechen, bis zum vorzeitigen Ende der Regierung Schröder geschieht allerdings nichts. Die große Koalition nimmt 2005 einen Prüfauftrag in ihren Koalitionsvertrag mit auf – ohne Ergebnis. Einen neuen Anlauf nehmen 2006 Bündnis 90/ Die Grünen, die Linke und die FDP mit jeweils eigenen und unterschiedlich restriktiven Gesetzentwürfen.

**„Die parlamentarische Demokratie hat sich im Kern bewährt. Aber eine Ergänzung durch plebiszitäre Elemente halte ich für sinnvoll, vor allem bei Änderungen des Grundgesetzes.“**

Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Nach wie vor erweisen sich die Konservativen, insbesondere die CDU, als Hemmschuh für den Ausbau der Direktdemokratie. Dabei befürworten laut aktuellen Umfragen 65 Prozent der Unionsanhänger/innen und etliche CDU/CSU-Abgeordnete mittlerweile bundesweite Volksabstimmungen. Namhafte Unionspolitiker wie Jürgen Rüttgers, Peter Müller und Günter Beckstein sprechen sich mittlerweile für Volksentscheide aus, ebenso Persönlichkeiten wie Bundespräsidenten oder Verfassungsrichter.

Wann die direkte Demokratie auf Bundesebene kommt, ist nur noch eine Frage der Zeit. Vielleicht haben die Proteste und Diskussionen um Stuttgart 21 und die Entwicklungen rund um die Euro- und Staatsschuldenkrise seit 2010 endlich auch in konservativen Kreisen den entscheidenden Anstoß zum Umdenken gegeben.

Mit der Verfassungsbeschwerde „Europa braucht mehr Demokratie“ zu Eurorettungsschirm und Fiskalvertrag hat Mehr Demokratie in 2012 gemeinsam mit anderen Organisationen die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik organisiert – und damit zumindest einen Teilerfolg erzielt: Erstmals in seiner Geschichte verhandelte das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit mehreren Klagen zur Eurorettungspolitik in einer Anhörung über Eilanträge. Damit zeigten die Richterinnen und Richter, wie wichtig ihnen die Bedenken der Klagenden in Bezug auf den Demokratieabbau im Zeichen der Eurorettungspolitik sind.

In einem vorläufigen Urteil entschied der 2. Senat, dass der Eurorettungsschirm und der Fiskalvertrag nur ratifiziert werden dürfen, wenn die Haftung für Deutschland auf 190 Mrd. Euro begrenzt wird und Kontrollrechte des Bundestags gesichert werden. Ein endgültiges Urteil wird 2013 erwartet. Nicht zu-

letzt vor dem Hintergrund der Krise werden in allen politischen Lagern Stimmen laut, die Volksentscheide bei weiteren Souveränitätsübertragungen auf die EU-Ebene für unumgänglich halten. In Bezug auf bundesweite Volksentscheide wurden 2012 gleich mehrere Landesregierungen im Bundesrat aktiv.

#### **8. Demokratie kennt keine Grenzen**

Etwa seit der Jahrtausendwende ist Mehr Demokratie auch über Deutschland hinaus aktiv. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Auch auf der transnationalen Ebene muss die Einbindung der Bürger/innen gewährleistet sein, ansonsten führen Europäisierung und Internationalisierung zum Demokratieabbau. Vor diesem Hintergrund hat Mehr Demokratie das Bündnis Democracy International gegründet, aus dem mittlerweile ein eigenständiger Verein hervorgegangen ist.

**„Europa wird immer wichtiger - und langfristig, neben der Bundesebene, unsere größte und schwierigste Baustelle. Denn es hilft ja nichts, nur in Kommunen und Ländern mehr Demokratie durchzusetzen, wenn bereits 80 Prozent der Entscheidungen in der EU oder in noch weiter entfernten Gremien fallen.“**

**„Europa als Demokratie konstituiert sich dadurch, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst mehr und mehr als Vertragsgeber entscheiden können.“**

Gerald Häfner, Mitbegründer von Mehr Demokratie und seit 2009 Abgeordneter in Europäischem Parlament

Die Europäische Union leidet unter einem eklatanten Demokratiedefizit, was dazu führt, dass sie oftmals nicht als Europa der Bürger/innen, sondern als bürokratisches Ungetüm wahrgenommen wird. Neben der fehlenden Gewaltenteilung (Übermacht der Exekutive) und der fehlenden Kontrolle (verursacht durch die Personalunion von nationalen Regierungen und EU-Ministerrat) kritisiert Mehr Demokratie vor allem den zu geringen Einfluss der Bürger/innen. Dieser resultiert aus der schwachen Stellung des Parlaments und vor allem aus den noch immer beschränkten direktdemokratischen Gestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene.

Aus diesen Kritikpunkten ergeben sich Forderungen für eine demokratischere EU: Entscheidungen sollen möglichst dezentral getroffen werden. Die Institutionen sollten so reformiert werden, dass einflussreiche Organe stärker vom Volk bestimmt werden, Gewaltentrennung gegeben ist und die Bürger/innen aller Staaten gleich repräsentiert werden.

Im Mittelpunkt unseres Vorschlags zum demokratischeren Aufbau der EU steht ein Zweikammersystem, bestehend aus dem Parlament als Bürgerkammer und einer Staatenkammer, in der die nationalen Legislativ-Organe repräsentiert sind. Kernforde-







# GESCHICHTE, FUNKTION, ARBEITSWEISE UND BESETZUNG

des Kuratoriums für Mehr Demokratie\*

Text **PD Dr. Otmar Jung**, Fotos **Michael von der Lohe**



\* Gekürzte und aktualisierte Fassung des gleich überschriebenen Textes in: Heußner, Hermann K./Huber, Roman/Jung, Otmar (Hg.): Das Kuratorium für Mehr Demokratie. Roland Geitmann zum 70. Geburtstag, Berlin 2011, S. 44-57. Die erste Fassung mit allen Belegen steht auch im Internet unter: [mehr-demokratie.de/kuratorium.html](http://mehr-demokratie.de/kuratorium.html).

Abgebildete Personen: Rhea Thönges-Stringaris (S. 48), Heidrun Abromeit und Theo Schiller (S. 52), Otmar Jung (S. 55), Silvia Serena Tschopp und Gerald Häfner (S.56)

## 1. Gründungsgeschichte

Bereits in der Satzung der IDEE [Initiative DEMokratie Entwickeln] e.V., der Vorgängerin von Mehr Demokratie e.V., war ein Kuratorium vorgesehen. Doch mussten erst acht Jahre vergehen, bis es gebildet wurde – vermutlich deshalb, weil der Verein bis 1995 nur 150 Mitglieder zählte.

Dies änderte sich nach dem denkwürdigen Sieg der Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern“. Die Kampagne zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids in Bayern sorgte dafür, dass beim Volksentscheid am 1. Oktober 1995 das erste Volksgesetz in Deutschland überhaupt verabschiedet wurde. Das gab auch der IDEE enormen Auftrieb. Der Verein, der sich danach in Mehr Demokratie umbenannte, zählte im Juni 1996 bereits 442 Mitglieder, im September 650 und sollte im April 1997 die Zahl von etwa 1.100 Mitgliedern erreichen. Im Januar 2013 hat die Mitgliederzahl die 7.000er-Marke überschritten.

In dieser Zeit des Aufschwungs ergriff Dr. Roland Geitmann die Initiative, um das offenbar in Vergessenheit geratene Stichwort „Kuratorium“ mit Leben zu erfüllen. Der Professor für öffentliches Recht an der damaligen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl hatte sich während der Kampagne in Bayern stark engagiert. Zehn Wochen nach diesem Volksentscheid wandte er sich an Thomas Mayer, bislang Vorstandsmitglied, künftig Geschäftsführer von Mehr Demokratie und übrigens Vertrauensmann des erfolgreichen Volksbegehrens. Geitmann schrieb mit Blick auf die künftige Arbeit des Vereins:

„Besonders hilfreich könnte das in der Satzung vorgesehene Kuratorium sein, wenn es gelänge, hierfür geeignete und engagierte Persönlichkeiten zu gewinnen. Der Erfolg in Bayern und die Umbenennung des Vereins bieten einen Aufhänger für eine entsprechende Einladung zur Mitarbeit, gerichtet insbes. an die Unterzeichner des Münchner Manifests, an Referenten, die Unterzeichner der Theologen-Initiative, die SPD-Bürgermeister, an Landtags- und Bundestagsmitglieder von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, an einschlägige Autoren, aufgeschlossene

Journalisten, die Mitglieder des ASU[= Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.]-Ausschusses ‚Demokratiereform‘ sowie an befreundete Organisationen wie Stiftung Mitarbeit, SffO [= Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft e. V.] und Kulturzentrum Achberg.

Im Unterschied zur operativen Arbeit des Vorstands sehe ich die Aufgabe des Kuratoriums in inhaltlicher Arbeit, Vernetzung und strategischer Beratung. Dazu könnten beitragen die Ausrichtung von Tagungen, Kolloquien und Workshops, Anregung, Begleitung und Vorstellung von Diplomarbeiten, das Einwerben von Finanzmitteln, das Anstoßen konkreter Reformprojekte, die Benennung von Referenten für Veranstaltungen und Anhörungen sowie Veröffentlichungen. In diesem Sinne bin ich gern bereit mitzuwirken.“

Zweierlei erscheint an diesem Schreiben bemerkenswert: Zum einen, wie stark der Autor doch noch in der politischen Gruppen-Konfrontation der bayerischen Kampagne befangen war; zum anderen, wie kühn-kreativ er die mögliche konkrete Hilfestellung des zu bildenden Gremiums skizzierte (von manchen Aktivitäten ist das Kuratorium noch heute weit entfernt).

Der Vorstand von Mehr Demokratie griff die Anregung gerne auf und antwortete: Es gehe um die Nutzung von Sachverstand und Erfahrung. Eine erste Aufgabe könne die Begutachtung des Gesetzentwurfs für einen bundesweiten Volksentscheid sein. Das Kuratorium solle ein- bis dreimal im Jahr zusammentreten. Es müssten Personen zusammenkommen, die sich unter dem Dach „Direkte Demokratie“ treffen und sich sonst nicht sehen. Die Teilnehmer/innen sollten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, wenn möglich auch aus der Kultur kommen. Im Mai wolle man zu einem ersten Treffen im Herbst 1996 einladen.

Geitmann erwiderte, das Kuratorium brauche als Mitglieder sowohl bekannte Namen als auch aktive Leute – hier deutete sich eine Differenzierung an, auf die noch zurückzukommen ist. Von beiden Kategorien solle man vorweg durch persönliche



Ansprache Einige gewinnen, so dass die Einladung zur ersten Zusammenkunft bereits von mehreren künftigen Mitgliedern unterzeichnet wäre.

Im Ergebnis luden der Vorstand von Mehr Demokratie und Geitmann folgende Persönlichkeiten zur Unterzeichnung eines entsprechenden Aufrufs ein:

- Dr. Wolfgang Ullmann, MdEP, Brüssel
- PD Dr. Otmar Jung, Berlin
- PD Dr. Tilman Evers, Kassel
- Prof. Dr. Theo Schiller, Marburg
- Dr. Claus-Henning Obst, Düsseldorf
- Dr. Gerd Habermann, Bonn
- Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Stuttgart
- Andreas Gross, Zürich
- Gerald Häfner, MdB, München
- Dr. Diemut Schnetz, Marloffstein

Auf diese Zehn kam man durch bestehende Kontakte: So hatten Evers, Häfner, Jung und Schnetz zusammen mit Geitmann und Mayer am „Hofgeismarer Entwurf“<sup>1</sup> mitgearbeitet und Gross, Häfner, Jung, Schiller sowie Wehling sich zusammen mit Geitmann bei der bayerischen Kampagne engagiert. Am 27. Juni 1996 formulierte der Vorstand von Mehr Demokratie in einem Schreiben seine Sicht auf die Gründung:

**„Der große Erfolg beim Volksentscheid in Bayern am 1. Oktober 1995 hat unserem Verein viele neue Mitglieder beschert und gibt uns Auftrieb für weitergehende Aktivitäten (...). Um unsere Kampagne für einen bundesweiten Volksentscheid und weitere Aktionen auf eine möglichst breite Basis zu stellen, möchten wir das in unserer Satzung vorgesehene Kuratorium ins Leben rufen.“**

Zwei Monate später wandte sich der Vorstandssprecher Tim Weber an „Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Bildung, Politik und Wirtschaft, Bürgerbewegungen und Medien, die sich in besonderer Weise für die Bereitstellung fairer direktdemokratischer Verfahren eingesetzt haben“, und lud zur Gründung eines Kuratoriums für „Mehr Demokratie e. V.“ am 25./26. April 1997 nach Bergneustadt ein. Unterzeichnet hatten dieses Schreiben – außer den Vorstandsleuten und Geitmann – Jung, Habermann und Obst sowie Prof. Dr. Wolfgang Ismayr, Stefan von Raumer und Johannes Stüttgen. In Geitmann und diesen sechs Mitunterzeichnern kann man die „Urmitglieder“ des Kuratoriums sehen. Die Einladung fand gute Resonanz. Bereits im Oktober 1996 umfasste die Liste der künftigen Kuratoriumsmitglieder 24 und

im Januar 1997 35 Personen. Sechs von ihnen (Evers, Gross, Häfner, Schnetz, Dr. Wolfgang Berger, Prof. Dr. Jürgen Fijalkowski, Jaroslav Langer) kamen über das Plädoyer von 39 Rechts- und Gesellschaftswissenschaftler/innen „Beendet die Zuschauerdemokratie!“ vom Dezember 1989 beziehungsweise die Hofgeismarer Fachgespräche 1990. Andere waren dem Verein aus der Kampagne in Bayern vor anderthalb Jahren bekannt (Renate Schmidt, MdL, Dr. Thea Bauriedl, Dr. Lienhard Barz, Dr. Klaus Hahnzog, MdL, Wolfgang Killinger).

Am Gründungstreffen in Bergneustadt nahmen 20 Mitglieder teil, dazu kamen drei Mitglieder des Bundesvorstands. Prof. Dr. Fritz Vilmar (Berlin) hielt ein Grundsatzreferat über Demokratie als universellen Herrschaftsabbau. Im Anschluss befasste sich das Kuratorium nach einem Vorschlag Geitmanns mit drei Themenfeldern, die jeweils von Arbeitsgruppen vorbereitet worden waren:

- Zeit für direkte Demokratie, darunter die Vorstellung des Vereins, von Projekten und Kampagnen
- Eckpunkte des Gesetzentwurfs für einen bundesweiten Volksentscheid und
- Aufgaben und Arbeitsweise des Kuratoriums.

Geitmann, der das Treffen geleitet hatte, wurde einmütig zum „Ansprechpartner“ des Kuratoriums bestimmt. Zwei Tage nach jenem Treffen gab Mehr Demokratie eine Pressemitteilung heraus:

**„Kuratorium für Mehr Demokratie“ gegründet**  
**Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Politik sprechen sich für bundesweite Volksentscheide aus Bergneustadt bei Gummersbach/München - Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Politik haben am Wochenende das „Kuratorium für Mehr Demokratie“ gegründet. Das Kuratorium unterstützt die Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ bei ihrem Ziel, den bundesweiten Volksentscheid einzuführen. „Wir möchten Verstärker sein für die vielfältigen Bemühungen, unsere Demokratie zeitgemäß weiterzuentwickeln“, erklärte in Bergneustadt der Ansprechpartner des Kuratoriums Roland Geitmann, Professor für Öffentliches Recht (Fachhochschule Kehl).**

**Die demokratische Weiterentwicklung ist nach Ansicht des „Kuratoriums für Mehr Demokratie“ eine ständige Aufgabe, die durch vielfältige Instrumente erfolgen müsse. Die bundesweite Volksabstimmung sei ein erster entscheidender Schritt. Der Bundestagsabgeordnete Gerald Häfner sagte: „Die schwierigen Entscheidungen der Zukunft werden wir nur mit den Menschen, nicht gegen sie oder über ihre Köpfe hinweg treffen können. Je größer die Probleme, desto wichtiger ist die Beteiligung der Menschen.“**

**Die Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ mit Sitz in München will den bundesweiten Volksentscheid durch ein selbstorganisiertes Volksbegehren erreichen. Dieses soll Anfang des nächsten Jahrtausends stattfinden. „Diese Persönlichkeiten werden uns helfen, Bürgermitbestimmung auch auf Bundesebene durchzusetzen“, so der Vorstandssprecher von „Mehr Demokratie“, Tim Weber.**

Darunter standen nun 37 Namen. Mit 13 Professoren und zwei Privatdozenten sowie sechs Parlamentariern war ein durchaus ansehnlicher Start gelungen.

## 2. Funktion

### a) Repräsentation der Ziele des Vereins

Nach § 10 Nr. 1 Satz 2 der Satzung „repräsentiert“ das Kuratorium „die Ziele des Vereins nach außen“. „Repräsentation“ ist hier selbstverständlich nicht im rechtlichen Sinne gemeint (wie bei der repräsentativen Demokratie, mit der sich auch Freund/innen der direkten Demokratie immer wieder beschäftigen müssen), sondern im gesellschaftlichen Sinne. Jede Organisation braucht – jedenfalls in einer offenen, demokratischen Kultur – Namen und Gesichter, die für eine Sache stehen und für sie eintreten. Hier sind es – in einer Selbstdarstellung von Mehr Demokratie – „Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik ... Sie vertreten Mehr Demokratie in der Öffentlichkeit“.

Es bei dieser Repräsentationsfunktion zu belassen, wurde den Kuratoriums-Mitgliedern von vornherein freigestellt. Schon das Einladungsschreiben vom 28. August 1996 betonte, dass „regelmäßige und zeitaufwendige Mitarbeit“ nicht nötig sei. „Das Kuratorium wirkt allein schon durch den Bekanntheitsgrad seiner Mitglieder.“ So hat sich von Anfang an eine inoffizielle Differenzierung ergeben zwischen den „Arbeits-Mitgliedern“ und jenen „Ehren-Mitgliedern“, die ihre Sympathie und allgemeine Unterstützung für die satzungsmäßigen Ziele des Vereins ausdrückten, indem sie ihren Namen zur Verfügung stellten – aber ansonsten nie (mehr) auftauchten. Diese Funktion erklärt auch, warum es sinnvoll ist, selbst verstorbene Mitglieder (Prof. Dr. Peter C. Dienel, Jaroslav Langer, Prof. Dr. Jürgen Linck, Dr. Wolfgang Ullmann) weiterhin aufzuführen. Prinzipiell sind die Rollen der Einzelnen im Kuratorium variabel: Wer bislang aktiv mitarbeitete, mag künftig „nur“ noch seinen Goodwill zur Verfügung stellen und umgekehrt.

Allerdings wurde das nicht von allen Mitgliedern so gesehen. Vielmehr sind einige schmerzliche Austritte zu verzeichnen – vor allem der von PD Dr. Tilman Evers 2003, der sich erhebliche Verdienste um die Sache der direkten Demokratie in Deutschland erworben hatte, und der von Prof. Dr. Reinhard Schiffers 2006, dem Nestor der historischen Direkte-Demokratie-Forschung in Deutschland. Beide erklärten, sich nicht mehr voll engagieren zu können, und wollten es „darunter“ nicht tun. Darin

drückt sich indes auch eine gewisse „Normalisierung“ des Gremiums aus: Bisherige Mitglieder gehen, neue kommen hinzu. Als Mitglied des Kuratoriums drückt man aus, dass man die Ziele von Mehr Demokratie grundsätzlich gut heißt und öffentlich für ihre Verwirklichung eintritt. Das bedeutet natürlich nicht, dass jedes Kuratoriumsmitglied mit allen Entscheidungen des Vorstands einverstanden sei, sie gar mittrage oder womöglich grundsätzlich alles, was überhaupt im Verein geschieht, gutheißt<sup>2</sup>. Das – unbefristet berufene – Mitglied kann selbstverständlich jederzeit aus dem Kuratorium ausscheiden. Die umgekehrte Konfliktkonstellation ist nur dürftig geregelt. Immerhin können der Vorstand und die Mitgliederversammlung nach § 10 Nr. 2 Satz 3 der Satzung ein Kuratoriumsmitglied „seines Amtes entheben“. Was dafür vorliegen muss, ist nicht näher bestimmt. Bislang gab es erfreulicherweise keinen Anlass, sich mit dieser Regelungslücke zu beschäftigen.

Das Kuratorium und seine Mitglieder sind ein politisches Pfund, mit dem Mehr Demokratie „wuchern“ sollte. Ursprünglich plante man sogar, die Namen der Kuratoriumsmitglieder auf Briefköpfe zu setzen. Entsprechend sollten die einzelnen Mitglieder, beispielsweise auf ihren Homepages und wo immer es sonst angemessen ist, ihre Mitgliedschaft im Kuratorium öffentlich machen. Der Verein sollte das Kuratorium und seine Besetzung erwähnen, wo immer es angezeigt ist.

### b) Beratung des Vorstands

Die zweite satzungsmäßige Aufgabe des Kuratoriums ist es, den Vorstand zu beraten (vgl. § 10 Nr. 1 Satz 2). Dieser hat sich seit dem Gründungstreffen 1997 regelmäßig an das Kuratorium gewandt und um Rat in schwierigen Situationen gefragt. So hat das Gremium 1997/98 dreimal zu dem Projekt einer Verfassungsbeschwerde zu Art. 146 Grundgesetz beraten, 1999 zu dem Gesetzentwurf zur Regelung von bundesweiten Volksentscheiden, 2003 über „Volksgesetzgebung und Föderalismus“ und „Bindungswirkung von Volksentscheiden“, 2004 über eine Verfassungsbeschwerde gegen die parlamentarische Ratifizierung der EU-Verfassung, 2005 über „Europa in schlechter Verfassung“ und über ein wichtiges „internes“ Thema: „Demokratische Kontrolle des MD-Vorstands, insbesondere Kontrolle der Honorare von Mitarbeitern, die gleichzeitig im Vorstand sind“, 2006 über Wahlrechtsreformen.

<sup>1</sup> Direkte Demokratie in Deutschland. Handreichungen zur Verfassungsdiskussion in Bund und Ländern. Mit Entwürfen zur Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene („Hofgeismarer Entwurf“), hrsg. von der Evangelischen Akademie Hofgeismar/Stiftung Mitarbeit, Bonn 1991

<sup>2</sup> Diese Selbstverständlichkeit ließ eine Beschwerdeführerin außer Acht, die 2012 gegen den Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Peter M. Huber den Vorwurf der Befangenheit erhob. Sie argumentierte, er könne nicht über die Verfassungsbeschwerden gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt mitentscheiden, eingereicht unter anderem von Mitgliedern des Mehr-Demokratie-Bundesvorstands, wenn er zugleich dem Kuratorium von Mehr Demokratie angehöre. Dabei hatte sich weder Huber konkret zu den anhängigen Verfahren geäußert, noch hatte das Kuratorium einen Beschluss zu der Verfassungsbeschwerde gefasst. Die Beschwerdeführerin meinte offenbar, das Kuratoriumsmitglied Huber für die Entscheidung des Bundesvorstands sozusagen haftbar machen zu können. Die unglückliche Angelegenheit fand eine erhebliche Resonanz in der Presse. Siehe dazu Jung, Otmar: Befangenheit qua Mitgliedschaft im Kuratorium für Mehr Demokratie? Der „Fall Bundesverfassungsrichter Huber“ 2012 – ein Fall, der keiner war, in: Recht und Politik 49 (2013), I. E.





2007 richtete der Vorstand an das Kuratorium offiziell die Frage, ob Mehr Demokratie eine Verfassungsbeschwerde gegen den EU-Reformvertrag erheben beziehungsweise eine solche Beschwerde unterstützen solle. Das Protokoll der folgenden Kuratoriumssitzung zeigt, wie eingehend die anwesenden Mitglieder dieses Problem erörterten, ehe sie schließlich eine Position verabschiedeten – nicht nur als „Meinungsbild“, sondern sogar förmlich per Abstimmung. Der Sprecher des Kuratoriums vertrat diese Position dann auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 13. Oktober 2007, und letztlich folgte der Vorstand auch diesem Rat. 2009 bat der Vorstand das Kuratorium um eine Stellungnahme zu nicht weniger als neun Mitgliederbegehren zu strukturellen Fragen des Vereins,

die nach einer gründlichen Debatte erfolgte. Zwar können solche Beratung nur die anwesenden aktiven Mitglieder leisten. Doch die Transparenzpolitik des Vorstands, auf die noch einzugehen ist, und insbesondere die Einladungen mit der vorgeschlagenen Tagesordnung sichern allen Mitgliedern des Kuratoriums eine gewisse Übersicht über die Themen, die den Verein bewegen. So haben auch die eher „repräsentierenden“ Mitglieder die Chance, sich immer dann einzubringen, wenn sie es für nötig halten.

Freilich gilt das nur für die normalen, angekündigten Fälle. Anders in unvorhergesehenen Situationen: Als 2008 die Prüfung der für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer

Kommunen“ geleisteten Unterschriften lief, beschloss die Mehrheit des Thüringer Landtags, das Gesetz, auf das sich der volksbegehrte Entwurf bezog, zu reformieren. Verfassungsmäßig vorgesehen wäre eine parlamentarische Konkurrenzvorlage gewesen, die beim anstehenden Volksentscheid parallel zur Abstimmung gestanden hätte. Deshalb befürchteten die Initiator/innen des Volksbegehrens, das Volksgesetzgebungsverfahren könne unterlaufen werden. Die Vertrauensperson des Volksbegehrens, Ralf-Uwe Beck, zugleich Mitglied des Bundesvorstands, erschien daraufhin spontan bei dem gerade in Eisenach tagenden Kuratorium, um dessen Einschätzung der Lage zu hören und Tipps zu erhalten, wie man darauf reagieren könne. In einem solchen Fall wird allerdings Präsenz prämiert.

Beratung meint begrifflich, dass der Vorstand Rat einholt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass das Kuratorium von sich aus tätig wird, also gegebenenfalls ungebeten Ratschläge gibt. Dafür spricht die Bestimmung der Satzung, der Vorstand sei „gegenüber dem Kuratorium auskunftspflichtig“ (§ 10 Nr. 3), und das entspricht auch dem Selbstverständnis des Gremiums. Dies wird bestärkt durch die erfreulich transparente Politik des Vorstands, der allen Kuratoriumsmitgliedern wichtige Unterlagen des Vereins zuschickt. Ferner bekommen jedenfalls die aktiven Mitglieder des Kuratoriums vieles aus dem Vereinsleben sowieso mit. Wenn das Kuratorium auf solche Weise ein Problem identifiziert, kann es dieses erörtern und in welcher Form auch immer gegenüber dem Vorstand Stellung beziehen. Diese Möglichkeiten sind besonders deshalb bemerkenswert, weil die Mitglieder des Kuratoriums nicht zwingend Vereinsmitglieder sein oder werden müssen. In der Tat ist eine Reihe von Kuratoriumsmitgliedern dem Verein nicht beigetreten. Man hat also bewusst dem führenden Vereinsorgan eine Auskunftspflicht auch gegenüber Nichtmitgliedern auferlegt und gibt interne Unterlagen – vor allem die Finanzplanung, Protokolle von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen sowie die Kampagnenplanung – an solche heraus: Darin zeigt sich das Bemühen von Mehr Demokratie, auch als Verein einen transparenten demokratischen Politikstil zu praktizieren.

Das Kuratorium berät den Vorstand nicht nur als „Feuerwehr“, die gerufen wird, wenn es brennt. Das Gremium sollte sich nach der ursprünglichen Konzeption durchaus auch um Grundlegendes „zur Demokratie, Projekte, Strategie, Gesetzentwurf“ kümmern und „kreative Anregungen“ geben, was freilich – realistisch gesehen – nicht gleichmäßig gut gelingt. Immerhin wurde auf der Sitzung 2008 über „Demokratieentwicklungsbedarf in Deutschland und auf transnationaler Ebene“ sowie über „Aufgaben für Mehr Demokratie e. V.“ intensiv diskutiert.

Die Beratung durch das Kuratorium wirkt, wie das Durchschnittsalter der Mitglieder und die beruflichen Erfahrungen nahelegen, wohl überwiegend bremsend gegenüber dem aktionsorientierten Vorstand und den Mitgliedern des Vereins. Es spricht für die Weisheit der Verantwortlichen, dass sie gleichwohl dieses Gremium in die Satzung aufgenommen und dann auch ins Leben gerufen haben.

### 3. Arbeitsweise

Die Arbeitsweise des Kuratoriums ist grundsätzlich frei. Es haben sich jedoch einige charakteristische Vorgehensweisen herausgebildet, die freilich in ihrem Bestand – wie immer – stark von den Menschen abhängen, die sie pflegen oder womöglich vernachlässigen.

#### a) Nach innen

Für die Arbeit nach innen sind vor allem die Tagungen wichtig. Anfangs einem halbjährlichen Turnus folgend, finden sie seit

1998 jährlich im Herbst statt. Seit der 5. Tagung 2000 dient das zentral gelegene, gut erreichbare Eisenach mit dem Genius loci der von der Tagungsstätte aus sichtbaren Wartburg als fester Tagungsort. Zu den Tagungen informiert der Vorstand die Kuratoriumsmitglieder über die wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen im Verein. Außerdem kommt das Gremium, wenn es gefragt wird oder es für angezeigt hält, seiner Beratungsaufgabe nach und pflegt ansonsten den allgemeinen Informationsaustausch zum Thema direkte Demokratie. Manchmal werden Fachvorträge gehalten oder Publikationen von Mitgliedern (im Auszug) zu bestimmten Fragen verschickt (Hans Herbert v. Arnim 2001), oder ein neues Mitglied gibt mit einem Beitrag für die „Zeitschrift für Direkte Demokratie“ seinen Einstand (Franz Thedieck 2006).

#### Vorträge, gehalten auf Kuratoriumstagungen

- „Mehr Demokratie in der Mitte, an der Spitze oder am Rande der Gesellschaft? Anmerkungen zur Strategie des Vereins angesichts einschränkender Urteile von Landesverfassungsgerichten“, Jung 2001
- „Ökonomische Auswirkungen direkter Demokratie“, Lars P. Feld 2007,
- „Der Volksentscheid zur Schulreform in Hamburg: ‚Gucci-Protest oder Aufstand der Bürger?‘“, Jung 2010

Zentral für die Arbeit des Kuratoriums ist der persönliche Austausch und das gegenseitige Kennenlernen. Auch im Zeitalter einer manchmal überbordenden Kommunikation kann ein Gespräch beim Frühstück oder eine Unterhaltung beim abendlichen Bier förderlicher sein als viele E-Mails. Dass dieser persönliche Kontakt unter den Kuratoriumsmitgliedern für alle Beteiligten anregend sein dürfte – wie Weber 1996 voraussagte –, hat sich vollauf bestätigt. Diese regelmäßigen, institutionalisierten Zusammenkünfte eines Kreises ähnlich denkender Engagierter bewirken eine informelle Vernetzung und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Immerhin treffen sich die Mitglieder der ersten Stunde 2013 zum 18. Male. Dies hilft sicherlich, die Sache der direkten Demokratie voranzubringen.

Noch ein paar Worte zu den Kosten: Ursprünglich plante der Vorstand, die Mitglieder des Kuratoriums um einen freiwilligen monatlichen Beitrag von mindestens 25 DM zu bitten, um damit entstehende Kosten der Verwaltung des Gremiums zu decken. Diese Idee ist weitgehend eingeschlafen. Wenn man allerdings bedenkt, dass die Kuratoriumsmitglieder üblicherweise Anreise und Übernachtung in Eisenach selbst bezahlen und nur bei „Speis“, aber nicht bei „Trank“ Gäste des Vereins sind, dürfte sich der Aufwand, den die einzelnen Mitglieder zu tragen haben, jenen alten Beitragsvorstellungen annähern.

Das Kuratorium pflegt eine Kultur der Machtfreiheit – was nicht gleichbedeutend ist mit Machtlosigkeit oder gar Ohn-

macht. Weil es keine klassischen Ressourcen zu verteilen gibt – weder Geld noch Ämter – und weil keine Karrieren gestartet werden können, finden die Zusammenkünfte ohne Konkurrenz und Kampf statt. Mit Geschäftsordnungstricks zu arbeiten und dergleichen wäre undenkbar. Gewiss muss gegebenenfalls auch abgestimmt werden, aber beherrschend ist eine Atmosphäre des freien Gedankenaustauschs, des Gesprächs, das mit Argumenten zu überzeugen sucht, auch des Strebens, der Position des anderen möglichst Rechnung zu tragen. Dies macht die Treffen sehr angenehm. Anfangs war eine Begrenzung der Mitgliederzahl des Kuratoriums auf 50 im Gespräch, damit die Arbeitsfähigkeit des Gremiums erhalten bleibt. Doch aufgrund der Tatsache, dass viele Mitglieder nur ehrenhalber und nicht aktiv tätig sind, hat sich dieses Problem nie gestellt.

#### b) Nach außen

Von der Arbeit nach außen sei der Aufruf „Mehr Demokratie für das 21. Jahrhundert“ erwähnt, der zum 18. Mai 1998, 150 Jahre nach dem Zusammenritt der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche veröffentlicht wurde. Initiiert vom Sprecher des Kuratoriums nach einer Idee aus dem Vorstand, wurde er von vielen Mitgliedern des Kuratoriums als Erstunterzeichner/innen unterstützt.

Zwischen August und Oktober 1999 versandte Geitmann als Sprecher des Kuratoriums an Akademien, Bildungswerke und Stiftungen ein Angebot, in Kooperation Tagungen über direkte Demokratie zu veranstalten. Der Gesetzentwurf von Mehr Demokratie für die Bundesebene, ein Programmvorschlag für eine Wochenendtagung sowie eine dreiseitige Liste von „Einzelthemen und Referenten/innen“ (pro und contra) lagen bei. „Die Resonanz war“, wie Geitmann rückblickend formulierte, „zwar nicht so breit wie erhofft, aber immerhin vernehmbar und wurde in Einzelfällen auch Realität.“

Dann ist vor allem der Sammelband „Mehr direkte Demokratie wagen“ zu nennen, den Prof. Dr. Hermann K. Heußner und Jung 1999 im Auftrag des Kuratoriums herausgaben und bei dem eine ganze Reihe von Kuratoriumsmitgliedern als Autor/innen mitwirkten – neben Mitgliedern des Vorstands, sonstigen Aktiven von Mehr Demokratie und Dritten. Rezensionen bescheinigten diesem Buch, es sei „ein wertvolles Hand- und Lesebuch, dem man die teilweise langjährige Forschungsarbeit anmerkt, das aber dennoch gut lesbar und übersichtlich verfasst ist“, es mache „Lust auf die Beschäftigung mit Politik, auf politische Gestaltung“, und: „Spannender kann man in diese Materie nicht einsteigen“. Die erste Auflage von 7.000 Exemplaren wurde vor allem über Landeszentralen für politische Bildung (4.000 Exemplare) verbreitet. 2009 erschien der Sammelband in einer zweiten, völlig überarbeiteten Auflage. Anders ist die Situation bei dem „Jahrbuch für direkte Demokratie“, das seit 2009 erscheint. Hier haben sich die fünf Herausgeber als unabhängige Fachleute zusammengefunden, aber eben auch als Kuratoriumsmitglieder





von Mehr Demokratie, denn sie haben den Plan für dieses Jahrbuch bei der Tagung in Eisenach 2008 entwickelt.

#### 4. Besetzung

Die Zusammensetzung des Kuratoriums dürfte manchem – und erst recht mancher – einseitig vorkommen. Weit überrepräsentiert ist die Wissenschaft, darunter wiederum die Rechts- und die Politikwissenschaft. Danach kommen die Politiker/innen, während Persönlichkeiten aus Bildung, Kunst, Wirtschaft, Bürgerbewegungen und Medien kaum oder gar nicht vertreten sind. Ebenso sind Frauen unter den Kuratoriumsmitgliedern in deutlicher Unterzahl, und die internationale Komponente ist schwach entwickelt. Von den ersten 35 Kuratoriumsmitgliedern

waren nur sechs Frauen. Ferner gab es mit Andreas Gross einen Schweizer. Diese Einseitigkeiten sind unbestreitbar. Man kann sie freilich erklären – ohne sie zu entschuldigen und ohne damit einen Vorwand zu liefern, keine Abhilfe zu versuchen.

Gewiss nicht als Erklärung taugt der Gedanke, das Kuratorium sei eben so „gewachsen“, also gleichsam „wild“. Dem Kuratorium kann man ja nicht beitreten, sondern seine Mitglieder werden vom Vorstand ernannt (vgl. § 10 Nr. 2 Satz 1 der Satzung). Die richtige Frage muss also lauten: Wie kam es zu dieser Berufungs- und Ernennungspolitik? Es gibt vier Faktoren, die zusammenwirken:

- Das Kuratorium wurde 1996/97 in seinem Kern relativ rasch aufgebaut. Wie im Abschnitt „Gründungsgeschichte“ darge-

stellt, zählte es viereinhalb Monate nach dem Einladungsschreiben zum Gründungstreffen und dreieinhalb Monate vor dieser Zusammenkunft bereits 35 Mitglieder.

- Der Vorstand hatte es – gerade in der Eile – mit einem durchaus einseitigen Angebot zu tun. Für direkte Demokratie interessierten sich nun einmal überwiegend Jurist/innen und Politolog/innen, jedenfalls weit mehr als Persönlichkeiten aus den anderen Gruppen.
- Diesem einseitigen Angebot entsprach eine einseitige Nachfrage. In den damaligen politischen Auseinandersetzungen, die in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, aber auch vor den Verfassungsgerichten ausgetragen wurden, benötigte der Vorstand vor allem aufgeschlossene Verfassungsrechtler/in-

nen und Politikwissenschaftler/innen. Vertreter/innen anderer gesellschaftlicher Gruppen, etwa Künstler/innen hätten hier vergleichsweise wenig geholfen, den starken konservativen „Gegenwind“ auszuhalten.

- Für die Geschlechtergerechtigkeit fehlte anfangs die Sensibilität.

Diese strukturelle Einseitigkeit wurde tendenziell verstärkt durch die sich bald etablierende Praxis der mittelbaren Kooptation: Kuratoriumsmitglieder empfahlen ihnen geeignet erscheinende Kandidat/innen – oft Kolleg/innen – dem Vorstand zur Berufung und Ernennung.

Anfangs standen zudem andere Maßstäbe für Ausgewogenheit im Vordergrund. So sorgte sich Weber schon in der konzeptionellen Phase um die regionale Repräsentanz („Wenn wir alle Unterzeichner der bayerischen Aufrufe anfragen, haben wir eine bayerische Dominanz. Sehen Sie darin ein Problem?“). Der Vorstand merkte kritisch an, es seien zu wenig weithin bekannte Personen dabei. Als sich diese Situation durch die Zusage einiger prominenter Politiker/innen der Sozialdemokratie ein wenig entspannt hatte, zeichnete sich dafür das Problem der „SPD-Lastigkeit“ ab. Weber selbstironisch: „Ich hätte am Anfang nicht gedacht, was da alles für Probleme entstehen können.“ Auch die Spannung zwischen dem Anspruch des Kuratoriums und seiner tatsächlichen Besetzung wurde natürlich bemerkt. Schon beim Gründungstreffen formulierte die zuständige Arbeitsgruppe 3 als Aufgabe des Kuratoriums: „Erstellung eines Mitgliederprofils des Kuratoriums“.

Aber die naheliegende Lösung, jene Einseitigkeit durch Berufung und Ernennung anderer Persönlichkeiten abzubauen, stieß lange auf ein Hindernis, nämlich die Vorstellung einer festen, relativ niedrigen Zahl der Mitglieder. Das Kuratoriumsmitglied Jung plädierte auf dem 5. Kuratoriumstreffen im Oktober 2000 für eine Erweiterung von derzeit 37 auf bis zu 60 Mitglieder: Die Begrenzung auf eine feste Zahl bedeute Erstarrung („wie beim Bayerischen Verdienstorden muss immer erst einer sterben ...“); das Kuratorium müsse mit dem Verein Mehr Demokratie wachsen. Nach der Tagung unterbreitete er dem Vorstand alsbald konkrete Vorschläge für eine Erweiterung des Kuratoriums, wofür er folgende Gruppen bildete: „Alte Mitstreiter“, „Gutachter“, „Prozessbevollmächtigte“, „Alte Streiter“, „Junge Forscher“, „Schweizerische Wissenschaftler“, „(Prominente) Politiker“. Dies zeigt: Die oben skizzierte strukturelle Einseitigkeit wäre durch die Personalvorschläge nur zum Teil korrigiert worden. Besonders auffällig ist dies bei der Geschlechtergerechtigkeit, obwohl die feministische Demokratietheorie zwischen den Theorien der Direktdemokratie und dem feministischen Anliegen ausgesprochen hohe Übereinstimmungen festgestellt hatte und empirisch das Engagement von Frauen für den Verein „Mehr Demokratie“ untersucht wurde – mit beeindruckenden Ergebnissen, was deren hohe Beteiligung und ihre Zufriedenheit mit dem Engage-





ment dort anbelangt. Aber offenbar brauchte auch die Rezeption dieser Ergebnisse ihre Zeit.

Jedenfalls beriet der Bundesvorstand nach einem halben Jahr über die vorgeschlagene Erweiterung des Kuratoriums und kam zu dem Ergebnis, dass er sich damit nicht anfreunden könne: „Wir befürchten, dass dieses Gremium seine Verbindlichkeit und Übersichtlichkeit verliert.“ Freilich verstummte trotz dieser Entscheidung die Kritik nicht, dass das Kuratorium etwas zu wissenschaftslastig sei. 2002 stand noch einmal der Punkt „Struktur, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Kuratoriums“ auf der Tagesordnung des Treffens, wurde aber nicht behandelt.

Vier Jahre später der Kurswechsel: Beim 10. Kuratoriumstreffen 2005 schlug der geschäftsführende Bundesvorstand von Mehr Demokratie, Roman Huber, vor, dass „das Kuratorium ergänzt und aktualisiert“ werden solle. Die Resonanz bei den angesprochenen Kandidat/innen war derart positiv, dass der Bundesvorstand schon eine zweite „Aufnahmewelle“ erwog. Zur Zeit der 12. Kuratoriumssitzung Anfang Oktober 2007 zählte das Gremium 49 Persönlichkeiten, darunter 16 Neumitglieder. Eine Pressemitteilung von Mehr Demokratie zur Kuratoriumssitzung, schwungvoll überschrieben „Hochkarätiges Kuratorium berät Demokratisierung Deutschlands“, berichtete über die Erweiterung des Gremiums und stellte die Prominentesten der Neuen vor: die Professoren Christoph Degenhart, Peter M. Huber, Hans Meyer, Christian Welzel, Heidrun Abromeit, Lars P. Feld und Gebhard Kirchgässner sowie das frühere Vorstandsmitglied bei Siemens und Carl Zeiss, Peter Grassmann. Allerdings wurden wiederum vor allem Jurist/innen und Politikwissenschaftler/innen aufgenommen. Wirklich neu war nur die Mitgliedschaft der beiden Wirtschaftswissenschaftler Feld und Kirchgässner sowie des ehemaligen Managers Grassmann.

Auf dieser Kuratoriumssitzung wurde aber auch eine strukturelle Besserung angestoßen, als Berger vorschlug, es sollten „mehr weibliche Kuratoriumsmitglieder“ ernannt werden. Der Bundesvorstand beschloss im Dezember, vier Frauen (und vier Männer) zur Mitgliedschaft im Kuratorium einzuladen, von denen drei (die Professorinnen Barbara Holland-Cunz, Diemut Majer und Birgit Sauer) umgehend zusagten. Zwar handelte es sich bei ihnen um zwei Politikwissenschaftlerinnen und eine Rechtswissenschaftlerin – alte Strukturen nach der Profession –, aber unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit war nun der erste strukturelle Änderungsversuch gelungen.

Die 13. Kuratoriumssitzung im September 2008 war sehr gut besucht (21 Mitglieder), qualitativ setzte die teilnehmende feministische Direktdemokratin Holland-Cunz Akzente. Dass der bisherige Sprecher des Kuratoriums, wie angekündigt, nach elfeinhalb Jahren sein Amt aufgab, verstärkte den Eindruck einer Zäsur – und zugleich eines Neuanfangs. Zum neuen Spre-

cher wurde Dr. Adrian Reinert gewählt. Im Februar 2013 zählte das Kuratorium 56 Mitglieder. Davon sind:

- elf Frauen: Dr. Thea Bauriedl, München; Dr. Nadja Braun Binder, Waiblingen; Bundesministerin a. D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin; Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz, Gießen; Prof. Dr. Diemut Majer, Karlsruhe; Prof. Dr. Ingeborg Maus, Frankfurt; Prof. Dr. Birgit Sauer, Wien; Bundesministerin a. D. Renate Schmidt, Nürnberg; Marie-Luise Schwarz-Schilling, Büdingen; Dr. Rhea Thönges-Stringaris, Kassel; Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp, Augsburg (lange Jahre gehörten auch Prof. Dr. Heidrun Abromeit, Darmstadt, Marianne Birtler, Berlin, und Dr. Diemut Schnetz, Marloffstein, dem Kuratorium an);
- sieben (ehemalige) Politiker/innen bzw. Mandatsträger/innen: Lukas Beckmann, MdB (1994-2010); Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein; Bundesministerin a. D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin; Andreas Gross (seit 1991 Nationalrat, seit 1995 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats); Gerald Häfner, MdEP (seit 2009); Dr. Klaus Hahnzog, MdL (1990-2003); Bundesministerin a. D. Renate Schmidt;
- sieben schweizerische Staatsangehörige: Prof. Dr. Andreas Auer, Genf; Dr. Nadja Braun Binder, Waiblingen; Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Fribourg; Andreas Gross, Zürich; Prof. Dr. Hermann K. Heußner, Kassel/Osnabrück; Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen; Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp, Augsburg (Heußner und Kirchgässner haben auch die deutsche Staatsbürgerschaft);
- drei Wirtschaftswissenschaftler: Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Fribourg; Prof. Dr. Lars P. Feld, Heidelberg; Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen;
- ferner eine Kulturwissenschaftlerin (Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp), eine Psychologin und Psychoanalytikerin (Dr. Thea Bauriedl), eine Kunsthistorikerin und Kulturschaffende (Dr. Rhea Thönges-Stringaris), ein Manager (Dr.-Ing. Peter H. Grassmann) und ein Künstler (Johannes Stüttgen).

Das durchschnittliche Kuratoriumsmitglied ist weiterhin Hochschullehrer für Rechts- oder Politikwissenschaft. Daraus erhellt, in welche Richtung eine weitere strukturelle Verbesserung des Kuratoriums gehen müsste.

Und dann sind da ja noch immer Geitmanns kühne Ideen von 1995 ...

# BETEILIGTE

## Kuratoriumsbrochüre

### Anne Dänner

studierte Kulturwissenschaften, Mittlere und Neuere Geschichte und Journalistik mit dem Abschluss Magister Artium. Sie ist seit 2008 Pressesprecherin von Mehr Demokratie und seit 2013 in Elternzeit.

### Prof. Dr. Hermann K. Heußner

war nach der Promotion zum Dr. jur. zunächst Verwaltungsrichter und ist seit 2006 Professor für öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die direkte Demokratie. Kontakt: heussner@wi.fh-osnabrueck.de

### Roman Huber

ist geschäftsführender Vorstand von Mehr Demokratie. Er war ursprünglich in der IT-Branche tätig, dann Inhaber einer Marketing-Agentur. Huber ist seit rund 21 Jahren ehrenamtlich, seit 12 Jahren hauptamtlich im gesellschaftspolitischen, zivilgesellschaftlichen und humanitären Bereich aktiv. Kontakt: roman.huber@mehr-demokratie.de

### PD Dr. Otmar Jung

Dr. iur. utr., Habilitation für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin. Er ist Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie und Verfasser vieler wegweisender Bücher und Beiträge zur direkten Demokratie. Kontakt: otmar.jung@fu-berlin.de

### Claudine Nierth

ist Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie und Privatdozentin bei 4.D raum für eurythmische kunst und ausbildung in Hamburg. 1997 war sie eine der drei Initiator/innen des ersten Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Hamburg“. Anschließend brachte sie den weißen Omnibus für Direkte Demokratie ins Rollen. Seit ihrem Kunststudium (1991-95) und ihrer mehrjährigen Bühnentätigkeit (Eurythmie) liegt ihr Schwerpunkt in der künstlerischen Gestaltung von sozialen Prozessen. Kontakt: claudine.nierth@mehr-demokratie.de

### Dr. Adrian Reinert

ist Sozialwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Partizipationsforschung. Er war von 1991 bis 2006 Geschäftsführer der Stiftung Mitarbeit. Seit 2006 leitet er den Fachbereich Lebenslanges Lernen an der Volkshochschule Bonn. Kontakt: adrianreinert@t-online.de

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Hermann K. Heußner,  
Roman Huber, Otmar Jung

Mehr Demokratie e.V.  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
Tel. 030 420 82370  
info@mehr-demokratie.de

### Redaktion

Neelke Wagner

### Konto

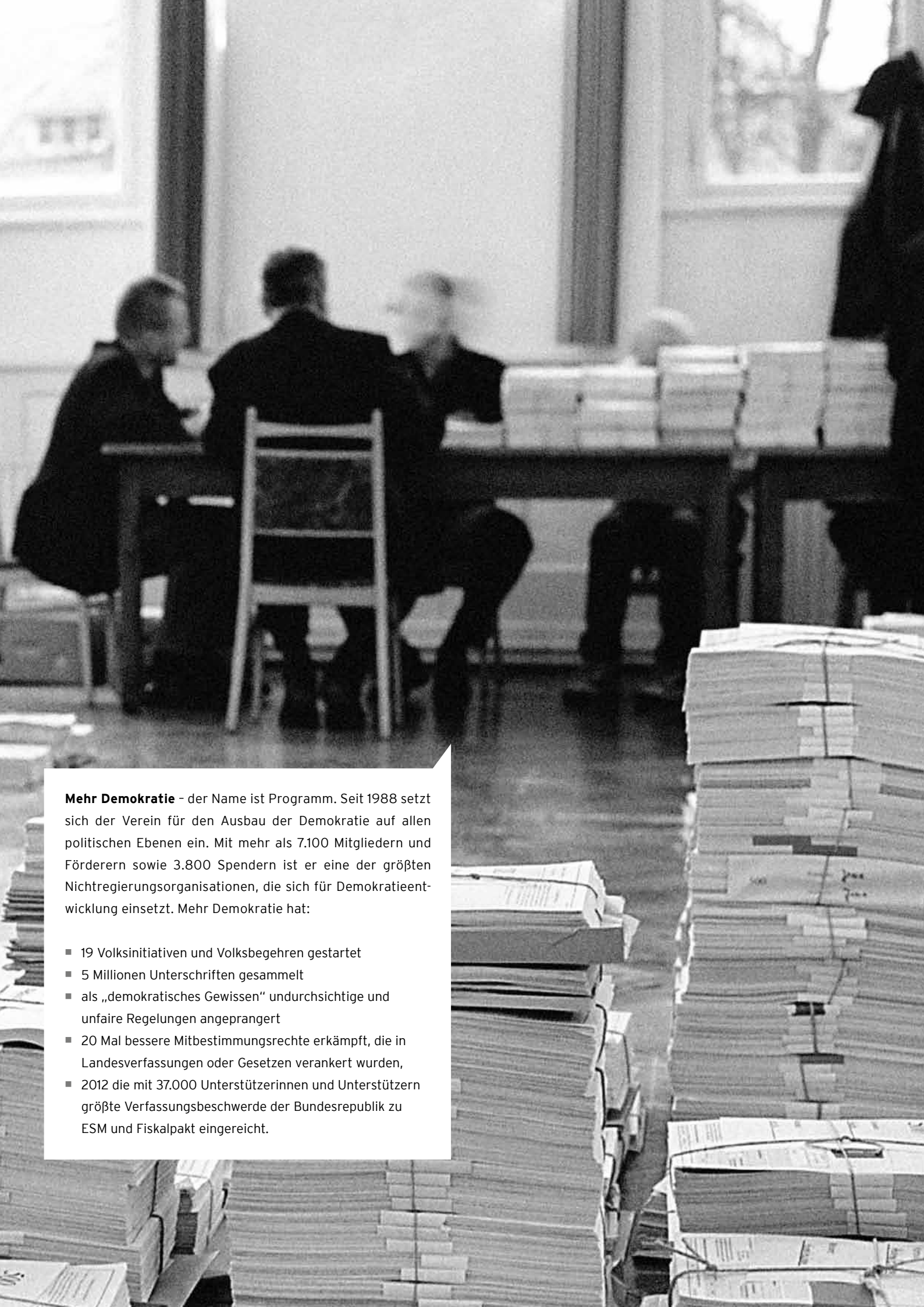
Mehr Demokratie  
BfS München  
Kto-Nr. 8858105  
BLZ 70020500

### Bildnachweis

Rolf Haid (Martin Hochhuth),  
Stefan Kaminski (Lukas Beckmann),  
Gabriele Kircher (Lars P. Feld),  
Leuphana Universität (Christoph  
Welzel), prokop/photocase.com (S. 2),  
Dmitriy Shironosov/Dreamstime.com  
(Titel). Alle weiteren Fotos stammen  
von Michael von der Lohe, aus  
unserer Datenbank oder wurden  
uns von den abgebildeten Personen  
zur Verfügung gestellt.

### Gestaltung

Liane Haug, Neelke Wagner



**Mehr Demokratie** - der Name ist Programm. Seit 1988 setzt sich der Verein für den Ausbau der Demokratie auf allen politischen Ebenen ein. Mit mehr als 7.100 Mitgliedern und Förderern sowie 3.800 Spendern ist er eine der größten Nichtregierungsorganisationen, die sich für Demokratieentwicklung einsetzt. Mehr Demokratie hat:

- 19 Volksinitiativen und Volksbegehren gestartet
- 5 Millionen Unterschriften gesammelt
- als „demokratisches Gewissen“ undurchsichtige und unfaire Regelungen angeprangert
- 20 Mal bessere Mitbestimmungsrechte erkämpft, die in Landesverfassungen oder Gesetzen verankert wurden,
- 2012 die mit 37.000 Unterstützerinnen und Unterstützern größte Verfassungsbeschwerde der Bundesrepublik zu ESM und Fiskalpakt eingereicht.